



Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

3. Sitzung – Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben –
Beteiligung junger Menschen stärken“

29. Januar 2025 – 10:11 bis 13:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Cirsten Kunz-Strueder (SPD)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Frederik Bouffier
Dominik Leyh
Max Schad
Maximilian Schimmel
Christin Ziegler

AfD

Gerhard Bärsch
Pascal Schleich

SPD

Kerstin Geis
Nadine Gersberg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julia Herz
Lara Klaes
Felix Martin

Freie Demokraten

Wiebke Knell



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU:	Julius Brackmann
AfD:	Marianne Waldau
SPD:	Johannes Ossa
Freie Demokraten:	Melissa-Madeleine Wörz

Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend, Soziales

Staatssekretärin Katrin Hechler
Willy Carlos Witthaut
Lukas Harnischfeger

Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen

Julia Spohn

Hessischer Rechnungshof

Claudia Brillmann

Beratungsgremium

LBKJ Miriam Zeleke

Sachverständige

Prof. Dr. Matthias Friehe
Lothar Mehlhose
Reiner Jäkel
Prof. Dr. Ivo Züchner

Protokollführung: Maximilian Sadkowiak

1. Forderungen des HOP!-Landesjugendkongress

Vorsitzende:

Schönen guten Morgen. Ich begrüße Sie alle recht herzlich und eröffne die erste Sitzung der Enquetekommission, die im Plenarsaal tagt. Wann immer wir Anzuhörende empfangen, werden wir hier im Plenarsaal tagen. Ich begrüße sehr herzlich die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, unsere ständigen Sachverständigen und für die Landesregierung Staatssekretärin Katrin Hechler. Ganz besonders möchte ich heute die Jugendlichen vom HOP!-Landesjugendkongress begrüßen, die das Thema Jugendbeteiligung bearbeitet haben und uns später vorstellen werden.

Bevor die Jugendlichen mit ihrer Vorstellung beginnen, werde ich noch ganz allgemein ein paar Takte sagen, um das ein wenig einzuordnen. Zunächst vielen Dank dafür, dass Sie sich heute zu uns auf den Weg gemacht haben und der Einladung gefolgt sind, um uns zu erzählen, was beim HOP!-Landesjugendkongress erdacht wurde.

Ich begrüße Leonard Bock, Justyn Kram, Ines Lotter, Leon Pelikan, Logan Schuh, Anna-Lena Steiß und Muhammad Tatari. Begleitet werden Sie von Frau Verena Wagner. Auch an dieser Stelle heiße ich Sie herzlich willkommen und vielen Dank.

(Beifall)

Aufgrund der zeitlichen Nähe zu unserer letzten Sitzung, in der wir darüber gesprochen haben, dass wir die Jugendlichen heute in dieser Form anhören wollen, lag es für mich auf der Hand, dass ich genau diese Jugendliche anspreche und den Kontakt zum Hessischen Jugendring nutze, um diese Jugendlichen einzuladen. Das ist mit einem sehr großen organisatorischen Aufwand verbunden gewesen. Wir werden später im nicht öffentlichen Teil darüber sprechen, wie wir Jugendliche auch weiter beteiligen können. Für den ersten Aufschlag, der doch recht kurzfristig war, macht es Sinn, die Jugendlichen zu befragen, die kürzlich genau hier darüber diskutiert haben, wie Jugendbeteiligung aussehen kann.

Vielen Dank an den Hessischen Jugendring für die Organisation und die Bereitschaft, die heutige Anhörung mit vorzubereiten und zu koordinieren.

Ich freue mich auf das, was uns die Jugendlichen später vortragen werden. Sie werden uns Vorstellungen, Wünsche, Erwartungen und Forderungen vorstellen. Dazu gibt es eine Präsentation. Diese liegt als Tischvorlage vor und wird auch auf diesem Bildschirm gezeigt.

Zuvor möchte ich noch ein paar Ausführungen zur Enquetekommission machen. Enquete kommt aus dem Französischen und bedeutet so viel wie umfassende Untersuchung. Anders als ein Fachausschuss befassen wir uns nicht mit einzelnen konkreten Anträgen befassen, die aus dem Plenum an uns überwiesen wurden und dann in wenigen Sitzungen abgeschlossen werden. Wir widmen uns sehr intensiv und langfristig der Frage, wie Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen heute schon aussehen, wie sie aussehen könnten und was wir noch tun können. Es ist wichtig, dass wir in einem ersten Schritt auch ein öffentliches

Bewusstsein dafür aufbauen, dass es dazu schon diverse Möglichkeiten gibt, und dass wir mehr Jugendliche dazu einladen, sich dort zu beteiligen, wo es schon möglich ist, um damit weitere Türen zu öffnen.

Dazu sind zum einen wir als Abgeordnete nach unserer Fraktionsstärke vertreten. Die Fraktionen hatten auch die Möglichkeit, ständige Sachverständige zu benennen, die uns beraten. Außerdem ist Frau Zeleke als Landesbeauftragte für Beteiligung und Förderung von Kindern und Jugendlichen ebenfalls Teil der Enquetekommission. Ich freue mich, dass das Sozialministerium auch immer vertreten ist, heute durch Frau Staatssekretärin Hechler. Die Wichtigkeit unserer Arbeit wird dadurch dargestellt. Auch dafür vielen Dank.

Wir haben uns verschiedene Themenblöcke vorgenommen, die wir nach und nach abarbeiten beziehungsweise erarbeiten werden. Dazu laden wir auch immer wieder Sachverständige ein. Bei der nächsten Anhörung werden wir uns mit Kinderrechten befassen. Heute hören wir Jugendliche selbst als Expertinnen und Experten an.

Ziel ist es, am Ende der Enquetekommission einen Abschlussbericht zu erstellen, der aufzeigt, welche Möglichkeiten es schon gibt und was noch verbessert werden könnte. Damit habe ich den Zeithorizont schon dargestellt. Es ist klar, dass Manche von uns ein wenig ungeduldiger sind bei dem, was wir für die Jugendbeteiligung gerne erreichen wollen. Der Prozess wird jedoch seine Zeit brauchen, da wir uns eben sehr intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.

Ich wurde in der Pressemitteilung zu der heutigen Veranstaltung heute erneut mit dem Satz zitiert:

„Um Politik zu machen, die für die Menschen da ist, muss man sie einbinden. Wer bedauert, dass sich junge Menschen nicht in Politik einbringen, muss ihnen nur die Tür öffnen“.

Das haben wir heute gemacht. Ich freue mich auf Ihre Vorstellung. Liebe Anzuhörende, liebe Jugendliche: Sie haben das Wort.

(Beifall)

Anna-Lena Steiß:

Ich bin Anna-Lena Steiß, 20 Jahre alt und komme aus Marburg. Ich beteilige mich vor allem in politischen Jugendorganisationen auf Stadt-, Kreis- und auch Landesebene. Wenn ich an Beteiligung denke, dann bedeutet das für mich vor allem, dass man gestalten kann, also auch Jugendliche die Möglichkeit bekommen, sich einzubringen – egal, ob im politischen Bereich oder bei ihren Hobbies. Der Punkt ist, dass Jugendliche aktiv gestalten können.

Leon Pelikan:

Mein Name ist Leon Pelikan, bin 19 Jahre alt und gehe auf die Goetheschule in Wetzlar. Neben der Schule engagiere ich mich auf Kreis- und Landesebene, auch in politischen Jugendorganisationen. Ich versuche, die Meinungen von Jugendlichen einzubringen. Als Redakteur bin ich bei

Radio Vari in Regensburg tätig, wo ich über Jugendbeteiligung spreche, und ebenfalls bei DigitalSchoolStory, einem Bundesprogramm, welches sich darauf spezialisiert hat, Jugendliche über TikTok zu erreichen. Weiterhin gründe ich mit Schülerinnen und Schülern ein Start-up in Richtung Demokratiebildung, bei dem es dabei geht, Schülerinnen und Schülern die Kommunalpolitik näher zu bringen und einen Dialog zu schaffen, der jetzt umso wichtiger ist.

Wenn wir von Beteiligung sprechen, dann geht es auch um diese Partizipationsmöglichkeit. Es geht darum, junge Menschen gezielt anzusprechen, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv zu beteiligen, und sie auch in diese Entscheidungsprozesse, die auf Landesebene vonstattengehen, einzubeziehen. Die Kommunalpolitik ist dafür das richtige Sprachrohr. Wenn es beispielsweise um den Sportplatz nebenan geht, müssen die Jugendliche gezielt erreicht werden. Mit Bürger-sprechstunden und Kummerkästen ist es nicht mehr getan. Wenn wir junge Menschen nach der Schule erreichen wollen, brauchen wir eine Plattform, wo sie sprechen können und eine Stimme haben.

Darum sitze ich und sitzen wir heute hier, um die über 700.000 Schülerinnen und Schüler in ganz Hessen zu vertreten.

Leonard Bock:

Mein Name ist Leonard Luca Bock. Ich bin 16 Jahre alt und komme aus dem Odenwaldkreis. Einerseits engagiere ich mich im politischen Bereich durch die Mitgliedschaft in einer politischen Jugendorganisation, andererseits in der Schülerversretung sowie durch das ehrenamtliche Erteilen von Nachhilfe für Schüler, die den Wechsel von der Realschule auf das Gymnasium vollzogen haben und dabei Unterstützung benötigen. Zuletzt organisieren eine Handvoll Schüler in Kooperation mit meiner Heimatstadt Michelstadt ein Projekt zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte, die wir mithilfe einer App darstellen wollen. Es geht um die Geschichte der verfolgten Jüdinnen und Juden.

Das ist etwas, was mir bei der Partizipation von Jugendlichen ganz besonders wichtig ist, dass wir unsere Perspektiven und unsere Ideen einbringen können, wie wir diese Projekte gestalten können, um sie gerade für junge Menschen attraktiv zu machen. Ich denke, da haben wir oft andere Perspektiven. Andererseits ist mir natürlich auch wichtig, da ich aus einem wirklich sehr ländlichen Raum komme, dass auch dort Möglichkeiten der Partizipation für Jugendliche ankommen und nicht nur, wie ich es beim HOP!-Landesjugendkongress erfahren habe, bei vielen anderen greifen, die aus städtischen Regionen kommen.

Logan Schuh:

Mein Name ist Logan-Joshua Schuh. Ich komme aus Wiesbaden, bin 15 Jahre alt und engagiere mich auch in einer Jugendorganisation, in einer Partei, auch im Wiesbadener Jugendparlament, im Stadtschülerrat der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie in meinem Stadtteil. Mein Beweggrund, heute hierher zu kommen, ist, mich mit Ihnen über unsere Forderungen auszutauschen.

Wir haben diese Forderungen erarbeitet und möchten diese nun mit Ihnen finalisieren und umsetzen.

Ines Lotter:

Ich bin Ines Lotter, 16 Jahre alt und komme aus Hofheim. Ich engagiere mich in verschiedenen Organisationen, unter anderem im Netzwerk „gemeinsamfuer.eu“. Ich war im Stadtschülerrat in Wiesbaden und bin nach wie vor in der SV tätig. Mir ist besonders wichtig, dass im jungen Alter Interesse geweckt wird, was in den Folgejahren dann auf einen guten Nährboden trifft, bewässert, gepflegt und gefördert wird durch konstante Projekte oder ein mögliches Engagement in Jugendgremien, sodass sich etwas entwickeln kann. Events wie den HOP!-Landesjugendkongress sehe ich als große Möglichkeit an, Interesse zu wecken oder das weiter zu tragen.

Justyn Kram:

Mein Name ist Justyn Kram, ich bin 18 Jahre alt und komme aus Frankfurt. Ich engagiere mich beim HOP!-Jugendnetzwerk, ein Netzwerk, was von ehemaligen Teilnehmenden des HOP!-Landesjugendkongress 2022 gegründet wurde. Außerdem engagiere ich mich bei der evangelischen Jugend auf Stadt- und Landesebene.

Wenn ich das Wort Beteiligung höre, dann denke ich daran, dass die Jugend mehr beteiligt werden muss – sei es in der Schule oder in der Politik –, da die Jugend, selbst wenn man es nicht direkt ausspricht, die Zukunft ist. Alles wird für die Jugend entschieden. Meistens hat sie keine Option, etwas einzubringen. Deswegen bin ich der Meinung, dass die Beteiligung gestärkt werden muss.

Muhammad Tatari:

Mein Name ist Muhammad, ich wohne in Raunheim, bin 18 Jahre alt und studiere an der TU Darmstadt. Hauptsächlich engagiere ich mich im technischen Bereich. Ich bin Mitglied im MINT-Cluster. Das heißt, ich betreue Schüler aus ganz Deutschland im MINT-Bereich, berate sie auch zum dualen Studium. Ich selbst werde demnächst ein duales Studium bei Siemens aufnehmen. Außerdem engagiere ich mich auch in der Jugendbeteiligung, zum Beispiel bei der Kinder-Uni, gebe Nachhilfe und Schachkurse. Eigentlich bin ich durch Zufall hier hineingerutscht.

Was ist mir beim Thema Beteiligung persönlich wichtig? Mir ist persönlich wichtig, dass es ein Kommunikationsrohr gibt. Dass Leute, wenn ich mich für etwas interessiere, auf mich zugehen und nicht, dass ich irgendwo hingehen muss. So bin ich hier gelandet. Sonst hätte ich mir das gar nicht vorstellen können. Mir ist wichtig, dass man nicht zum Beispiel im Rathaus anruft, weitergeleitet wird, noch einmal weitergeleitet wird, noch einmal und dann wieder im Rathaus landet, bis man seinen Ansprechpartner gefunden hat. Wichtig wäre, dass es eine WhatsApp-Gruppe, eine Signal-Gruppe oder so etwas gibt, damit man weiß, wo etwas stattfindet, und man nicht danach suchen muss.

Logan Schuh:

Meine Erfahrungen beim HOP!-Landesjugendkongress waren meine besten im letzten Jahr. Ich habe dort Jugendliche kennengelernt, die ähnliche oder ganz andere Meinungen vertreten haben. Trotzdem waren wir uns alle am Ende einig: Jugendbeteiligung ist wichtig. Ich bin froh, dadurch viel Vernetzung betrieben, neue Kontakte und Freunde gefunden zu haben. Das war das Schönste daran. Dieses Gefühl möchte ich Ihnen mitgeben, dass es schön ist, dass das Land und die Regierung so etwas fördert und ermöglicht.

Ines Lotter:

Ich habe am HOP!-Landesjugendkongress 2022 teilgenommen. Alles war neu für mich. Es kamen viele Jugendliche zusammen, die viel Leben in sich haben und für eine Sache brennen – alle für unterschiedliche Sachen, aber uns verbindet, dass wir etwas erreichen wollen. Es hat voller Ideen, Energie und Tatendrang gesprudelt. Ich habe viel Hoffnung erlebt, Sachen zum Positiven zu verändern. Diese Hoffnung trage ich immer noch in mir, habe sie auch weitergegeben an Familie, Freunde und andere Kontakte.

Leonard Bock:

Dem kann ich mich eigentlich nur anschließen. Im Rückblick auf den HOP!-Landesjugendkongress erinnere ich mich an sehr, sehr viele positive Erlebnisse, nicht nur auf der persönlichen, sondern auch auf der sachlichen Ebene. Wir haben natürlich unter den Teilnehmern viel diskutiert. Wir hatten viele verschiedene Meinungen, weil wir aus ganz Hessen kommen, weil wir unterschiedlichen Alters sind und einfach auch andere politische Ansichten und damit andere Anliegen in diesen Saal getragen haben. Das war sehr schön, diese Perspektiven zu erkennen und zu verstehen.

Ganz besonders wichtig war mir natürlich die Dialogrunde zum Abschluss mit den Landtagsabgeordneten, die mir gezeigt hat, dass man tatsächlich mit diesem Projekt etwas bewegen kann. Uns wurde zugehört. Wir konnten unsere Anliegen vortragen. Natürlich gab es kritische Nachfragen, aber auch konkrete Vorschläge. Das hat gezeigt, wie wichtig dieser Dialog zwischen Jugendlichen und Abgeordneten ist, weil Jugendbeteiligung auf dem Zusammenspiel dieser beiden Ebenen basiert.

Justyn Kram:

Ich war nicht nur 2024 als Teil des Teams dabei, sondern auch 2022 als Teilnehmer beim ersten HOP!-Landesjugendkongress, der stattgefunden hat. Ich fand es interessant, wie viele Ansichten es zu verschiedenen Themen wie Jugendbeteiligung gibt und aus wie vielen verschiedenen Hintergründen die Leute kommen. Manche machen gerade ihr Abitur, ihren Realabschluss, manche studieren, andere sind schon fertig damit. Sie treffen zusammen, sprechen über ihre Ansichten und alle werden angehört. Das ist eine gute Idee und sollte meiner Meinung nach auch so weitergeführt werden.

Ich habe viel dazugelernt und mit neuen Leuten Kontakt gehabt, die auf ganz Hessen verteilt sind, mit denen ich auch noch regelmäßig Kontakt habe.

Muhammad Tatari:

Die Teilnahme am HOP!-Landesjugendkongress war für mich ein Erlebnis, das vergleichbar ist mit der Situation, bei jemandem zu Gast zu sein, bei dem man noch nie war, der aber schon verstanden und recherchiert hat, welche Interessen man hat und was einem gefällt. Als ich gesehen habe, dass es eine Möglichkeit gibt, zu beten, fand ich das extrem schön, weil es mir das Gefühl gab, man hat sich vorher informiert. Außerdem hatte ich das Gefühl, dass der Gastgeber mich gut aufgenommen hat.

Außerdem möchte ich hervorheben, dass Frau Bächle-Scholz mir die Möglichkeit gegeben hat, ein Praktikum zu machen. Das meinte ich damit, dass man aufeinander zukommt. Das hat mir die Unsicherheit und die Angst vor dem Mysterium Politik genommen. So habe ich gedacht: Okay, da könntest du vielleicht anfangen. – Das ist es, was ich mir für andere Jugendliche auch wünsche.

Leon Pelikan:

Ich wollte sagen, dass man natürlich einiges vom Hessischen Landtag liest, dass man versucht, in jedem Landkreis mindestens ein Forum aufzubauen, in dem sich junge Menschen beteiligen können oder Bürger generell eine Chance haben, sich aktiv einzubringen. Dieser Impact ist es, was wir als Gesellschaft brauchen. Der HOP!-Landesjugendkongress sendet ein gutes Signal nach außen: Okay, junge Menschen werden angehört. – Was schlussendlich damit passiert, liegt in Ihrer Hand, aber man kann weiter damit arbeiten. Dafür ist die Enquetekommission und dass wir heute hier sprechen dürfen auch ein guter Ansatz.

Man muss mehr in solche Gespräche kommen, eine Plattform schaffen, wo jeder gehört wird, damit wir schlussendlich nicht nur in Hessen, sondern auch bundesweit einen gewissen Einfluss haben können.

Anna-Lena Steiß:

Ich möchte unterstützen, wie wertvoll es war, dass wir einen Raum hatten, in dem sich Jugendliche mit wirklich ganz verschiedenen politischen Ansichten austauschen konnten. Man sollte im Hinterkopf behalten, immer wieder solche Räume zu schaffen, um vielleicht auch mit extrem eingestellten Personen sprechen zu können, um das einfach auch verstehen zu können. Wir können nichts dagegen tun, ohne diese Leute zu verstehen.

Logan Schuh:

Zu den Forderungen der Session-Gruppe Jugendbeteiligung. Wir fordern, dass der Hessische Landtag Gesetze verabschiedet, die dafür sorgen, dass in jeder Kommune jugendpolitische Gremien gegründet werden, welche alle gleichermaßen Förderungen erhalten. Diese Gremien sollen ein selbst zu verwaltendes Budget zur Verfügung gestellt bekommen und ein Antrags- und Rederecht in Erwachsenengremien erhalten. Zur Unterstützung der Gremien fordern wir eine stärkere finanzielle Ausstattung der bestehenden Beratungsstellen. Es gibt Beratungsstellen in Sachen Jugendarbeit und Jugendbeteiligung.

Leon Pelikan:

In meiner Vorstellung habe ich es kurz angesprochen. Es geht darum, dass wir mit dem Hessischen Landtag darüber sprechen wollen beziehungsweise die Forderung aufgestellt haben, eine digitale Plattform aufzubauen, die explizit diese Beteiligungsmöglichkeit vor allem für junge Menschen in Betracht zieht und in die Politik durch Jugendbeteiligungsformate einbringt. Wir sprechen dabei nicht nur von der schulischen Ebene, sondern auch der kommunalen Ebene, damit nicht nur der HOP!-Landesjugendkongress daran arbeitet und somit meist nur privilegierte oder politisch orientierte Schüler die Möglichkeit bekommen, zu partizipieren, sondern auch junge Menschen, die im ländlichen Bereich leben und oftmals nicht zum Zuge kommen, ihre Meinung äußern können. Dafür soll es auch eine Plattform geben.

Inwiefern das umgesetzt wird, wollen wir Ihnen überlassen. Wir geben Ihnen die Möglichkeit, zu sagen: Okay, man sollte daran arbeiten. – Gibt es vielleicht die Möglichkeit, neben all den sozialen Netzwerken, die wir haben – Instagram, TikTok und auch X – ein Kommunikationstool aufzubauen? Die genannten Plattformen sind zunehmend polarisiert und werden politisch durch Algorithmen instrumentalisiert, sodass gewisse Inhalte vorgegeben werden und auch aus dem Freundeskreis gefiltert werden. Da müssen Akzente gesetzt werden, wie das gestaltet wird, damit es frei von Fake-News ist, damit es eine Plattform für die kommunale Ebene gibt, um sich auszutauschen oder zu erfahren, was auf dieser Ebene gerade durchgesetzt wurde oder sich in der Umsetzung befindet. Vielleicht geht es um die Schule nebenan oder den Sportplatz.

Dabei ist der Aspekt zu berücksichtigen, dass wir die jungen Menschen nicht nur einbeziehen, sondern auch die Kritik, die Wünsche und die Meinungen der Menschen, die zur Schule gehen oder auf dem Weg in die Zukunft sind. Schlussendlich sind das die Demokraten der Zukunft.

Leonard Bock:

Unsere letzte und dritte Forderung vereint im Kern zwei wichtige Anliegen, die wir als Grundlage für weitere politische Partizipation ansehen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit. Zunächst sprechen wir vom Schulunterricht. Wir fordern nämlich eine Neugestaltung der Unterrichtsfächer Politik und Wirtschaft oder auch Gesellschaftslehre. Das kommt auf die Schulform an. Einerseits denken wir, dass man den zeitlichen Umfang dieser Schulfächer überdenken muss, wie viel Raum wir diesen Fächern in unserer Zeit widmen wollen, sodass auch aktuelle Themen thematisiert werden können.

Dazu haben wir das Beispiel Nah-Ost-Konflikt besprochen. Dieser begegnet uns medial tagtäglich – uns allen, den jungen Menschen ebenso wie Ihnen. In der Schule bleibt uns wenig bis gar keine Zeit, uns wirklich damit auseinandersetzen, mit den verschiedenen Perspektiven, um damit auch zu verhindern, dass antisemitische Parolen, die wir mehr und mehr – ich muss leider sagen auch an meiner Schule – sehen, nicht mehr vorgetragen werden, indem wir aufklären. Da hat die Schule eine ganz wichtige Aufgabe.

Auch in Bezug auf Demokratiebildung hat sie das. Wo, wenn nicht in der Schule, müssen wir damit anfangen, Kinder und Jugendliche im Umgang mit der Demokratie zu schulen und Möglichkeiten der Partizipation aufzeigen. Das muss auch über den normalen Schulunterricht hinaus geschehen, beispielsweise durch Workshop- oder Projektarbeit. Wir haben in der Dialogrunde mit Abgeordneten darüber gesprochen, einen Parlamentsbesuch für alle Kinder- und Jugendliche in der Schule verpflichtend zu machen. Wir sind der Auffassung, ein Parlamentsbesuch kann uns mehr über politische Prozesse zeigen als drei Wochen Unterrichtseinheit.

Muhammad Tatari:

Ich werde darüber sprechen, wie der erste Tag und auch wie der HOPI-Landesjugendkongress in unserer Gruppe generell abgelaufen sind. Man kann sich das vorstellen wie einen Körper. Wir waren alle an verschiedenen Orten und wie über Blutadern sind wir alle gemeinsam an einen zentralen Ort geführt worden, zum Herz. Wir haben verschiedene Diskussionen geführt. Am Ende des Tages haben wir festgestellt, dass wir alle die gleiche Idee haben und denselben Willen, uns an der Politik zu beteiligen.

Für uns war das Wichtigste, eine Kommunikationsplattform und solche Veranstaltungen zu schaffen, um beispielsweise die Digitalisierung voranzubringen. Wir haben Mindmaps gemacht und verschiedene andere Methoden verfolgt. Am Ende des Tages sind wir dann zu unseren Forderungen gekommen.

Anna-Lena Steiß:

Der zweite Tag lief ähnlich wie der erste ab. Wir haben in unseren Session-Gruppen über die Themen diskutiert, besonders haben wir über das dritte Thema diskutiert und wie groß der Anteil in der Schule sein soll. Wir sind natürlich zu dem Schluss gekommen, dass Politik in der Schule eine große Rolle spielen sollte. Ebenfalls haben wir darüber diskutiert, ob das Wahlalter auf 16 abgesenkt werden sollte. Wir haben das aber bewusst ausgeklammert, weil wir uns dazu nicht einigen konnten und auch wissen, dass es dazu immer wieder Diskussionen gegeben hat, ohne dass es zu einem Entschluss gekommen wäre.

Nachdem wir in der Session-Gruppe waren, haben wir einen Gallery Walk gemacht, bei dem wir uns untereinander unsere Themen vorgestellt haben, sodass wir die Chance hatten, mit den anderen Gruppen ins Gespräch zu kommen, mit diesen darüber zu sprechen, was sinnvoll ist, was wir vielleicht überarbeiten wollen, um das später entsprechend den Politikern vorzustellen.

Ines Lotter:

Ich trage die erste Forderung aus dem Jahr 2022 vor. Sie ist fast identisch zu der aus dem Jahr 2024, die bereits vorgestellt worden ist. Es geht wieder darum, dass wir es für sinnvoll halten, dass alle Kommunen in Hessen ein Kinder- und Jugendgremium einführen sollen. Diese sollen folgende Qualitätsmerkmale erfüllen: Antrags- und Rederecht in den erwachsenenpolitischen Vertretungen, eine hauptamtliche Unterstützung, vor allem im pädagogischen Bereich, sowie ein Budget, welches die Jugendgremien selbst verwalten können. – Wenn man bestimmte Maßnahmen als sinnvoll erachtet, aber diese mit dem Geld, das einem zur Verfügung gestellt wurde, nicht finanzieren kann, weil das Geld an Zwecke gebunden ist, die nicht so sinnvoll sind, dann ist man dadurch festgefahren und kann nicht das erreichen, was man erreichen möchte und was auch wichtig wäre.

Außerdem möchten wir, dass alle Jugendgremien durch den hessischen Dachverband vernetzt werden und das unter Beistand durch das hessische Sozialministerium, damit dort auch ein Austausch besteht. Wir wissen alle: Zusammen kann man mehr erreichen als alleine. Das trifft eben auch auf die Jugendarbeit zu.

Justyn Kram:

Die zweite Forderung damals war auch identisch zu einer, die 2024 gestellt wurde. Wir fordern ein hessisches Format auf kommunaler sowie auf Landesebene für einen politischen Austausch sowie für die Möglichkeit der Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen und zur Einbringung ihrer Forderungen. Eine solche Möglichkeit auf Landesebene könnte zum Beispiel der HOP!-Landesjugendkongress sein, wie er auch schon zweimal stattgefunden hat. Auf kommunaler Ebene könnte es eine regelmäßige Kinder- und Jugendanhörung oder auch eine Bürgermeistersprechstunde mit Fokus auf den Themen der Kinder und Jugendlichen sein.

Drittens fordern wir eine Umstrukturierung des Unterrichtsfachs Politik und Wirtschaft fordern. Er soll einheitlich ab der 5. Klasse je nach Schulform unterrichtet und verbessert werden. Zum Beispiel sollte es um die Inhalte U18-Wahlen, Juniorwahlen, Aufklärung, Tipps fürs spätere Leben wie Steuern, Arbeit und Politik gehen. Infolgedessen fordern wir auch, das passive und aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene sowie das aktive Wahlrecht auf Landesebene auf 16 herabzusetzen.

Ines Lotter:

Jetzt stelle ich Ihnen noch die Entstehung des HOP!-Landesjugendkongress vor. Es hat alles mit einem Treffen in Frankfurt im Jahr 2019 begonnen. Da wurden ganz viele Jugendliche eingeladen, die sich bereits politisch engagiert haben und zum Beispiel in Jugendgremien aktiv waren. Sie wurden gefragt: Okay, was ist euch wichtig? Was braucht es für eine erfolgreiche Jugendpartizipation? – Im Rahmen dieses Treffens wurde ein Konzeptpapier entwickelt, was verschiedene Voraussetzungen dafür festgehalten hat.

Eine dieser Ideen, die dort festgehalten worden sind, war der HOP!-Landesjugendkongress, der im Jahr 2022 das erste Mal stattgefunden hat. 2023 gab es dann ein Follow-up-Treffen mit dem Namen „Jugend hakt nach“. Dort ging es darum, welche unserer Forderungen sich vielleicht politisch weiterentwickelt haben. Die Jugendlichen hatten auch die Möglichkeit, sich zu vernetzen. Ich habe erlebt, dass der HOP!-Landesjugendkongress in Vielen das Interesse an Politik noch einmal befeuert hat. Die Leute sind in der Zwischenzeit einer Partei beigetreten oder sind in Organisationen aktiv geworden. Nach dem Follow-up-Treffen hat sich das Jugendnetzwerk gegründet, an dem ich auch beteiligt bin. 2024 hat der zweite HOP!-Landesjugendkongress erfolgreich stattgefunden.

Ergänzen möchte ich noch, was mich am HOP!-Landesjugendkongress begeistert und glücklich gemacht hat, nämlich, dass Inklusion sehr groß geschrieben wird, nicht nur was körperliche Beeinträchtigungen angeht, sondern auch Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen. Diese Personen hatten zum Beispiel die Möglichkeit, alleine zu Mittag zu essen. Es gab auch Ruheorte, an die man sich zurückziehen konnte. Außerdem gab es ein Awareness-Team, was sich um die Belange aller gekümmert hat – egal, ob sie eine Vorgeschichte hatten oder einfach Unterstützung brauchten. Das hat dazu geführt, dass sich alle gut aufgehoben gefühlt haben. Jeder Jugendlichen Person wurde es möglich gemacht, Selbstwirksamkeit zu empfinden. In anderen Bereichen im Alltag ist das oft schwierig.

Leonard Bock:

Das war nun zunächst unsere Vorstellung. Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und freuen uns auf den Austausch. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende:

Vielen Dank für die sehr ausführliche Vorstellung und die Einblicke, die wir bekommen konnten. Das ist sehr wichtig und auch genau das, was wir heute verfolgen.

Ich eröffne jetzt die Fragerunde. Ich werde nun jeweils drei Fragen sammeln und dann das Wort zurück an euch Jugendliche geben.

Abgeordnete Kerstin Geis:

Vielen Dank für die Berichterstattung zu den HOP!-Landesjugendkongressen. Ich habe auch an ihnen teilgenommen. Auch ich kann feststellen, dass ich es wichtig finde, mit jungen Menschen und nicht über sie sprechen, und zwar auf Augenhöhe. Genauso habe ich es erlebt. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Vielen Dank für diesen Austausch. Das vorweggeschickt habe ich Fragen zu vier Komplexen.

Zum ersten Mal habe ich aufgehört, als mehr Beteiligung in der Schule gefordert wurde. Das hessische Schulgesetz sieht eine sehr umfangreiche Partizipation von Schülerinnen und Schülern in der Schule vor. Der erste grunddemokratische Prozess ist die Wahl einer Klassensprecherin, eines Klassensprechers, eine Schülerversammlung und so weiter. Meine Frage lautet, wie Sie sich konkret die Mehrbeteiligung in der Schule in der Ausgestaltung vorstellen.

Das Zweite ist der gesamte Bereich politische Jugendorganisation – das war auch Thema hier – und der Zugang zu politischen Informationen. Wie erleben Sie Ihren Zugang zu politischen Jugendorganisationen? In welcher Form haben Sie Zugang zu politischen Informationen beziehungsweise wie nutzen Sie diese? – Das ist der zweite Fragenkomplex.

Der dritte Fragenkomplex betrifft die Beteiligung in Form von Jugendparlamenten. Das treibt mich kommunalpolitisch ziemlich um, weil wir das mit Regelmäßigkeit in unsere Wahlprogramme oder Koalitionsverträge schreiben, wie im Kreis Groß-Gerau. Wenn wir dann aber in die Umsetzung gehen und wollen, dass die politische Partizipation kontinuierlich erfolgt, stellen wir fest, dass das schwierig ist. In welcher Form ist nach Ihrer Vorstellung ein Interesse an dieser Mitbestimmung bei jungen Menschen kontinuierlich sicherzustellen? – Das ist eine ganz pragmatische Frage, zu der Sie vielleicht eine Vorstellung haben. Das waren meine Fragen.

Leon Pelikan:

Ich finde super, dass Sie das ansprechen. Das waren sehr viele Fragen. Ich beginne mit dem, was mir besonders aufgefallen ist. Sie haben angesprochen, Sie haben das Gefühl, viele Jugendliche hätten oftmals Probleme, sich dann auch in diese politischen Prozesse einzubringen.

Ich sehe das so: Natürlich gibt es viele Jugendorganisationen sowie die Möglichkeiten, als Schulsprecher, als Beisitzer oder auf Kreis- und Landesebene aktiv zu werden. Das Problem bei diesen Gremien ist nur, dass das alles politisch sehr gestellt ist. Junge Menschen, die schüchtern sind, die Einschränkungen haben, trauen sich oftmals nicht, nach vorne zu gehen, das Wort zu ergreifen oder ähnliches und können daher nicht partizipieren. Wenn wir die Jugendorganisationen mit dem politischen Aspekt aufgreifen, dann ist auch zu beachten: Viele Jugendliche trauen sich nicht, einer Partei beizutreten und politisch zu werden, weil sie denken, sie müssten dann Stellung beziehen, zu gewissen Themen immer up-to-date sein. Junge Menschen setzt das unter einen hohen Druck, jedes Mal nach so etwas befragt zu werden. Mit 18 Jahren hat man vielleicht noch nicht den ganzen Durchblick, hat aber durchaus gewisse Expertisen, die man mitteilen kann.

Dieser Ansatz, in der Schule in der Medienbildung oder im Politikunterricht mehr Möglichkeiten zu schaffen, sich darüber zu informieren, was auf kommunaler Themen passiert – nicht nur theoretisch, sondern auch praxisbezogen –, kann bei jungen Menschen ein Interesse wecken. Ich sehe, das Interesse ist momentan teilweise noch nicht gegeben, aber das liegt häufig daran, dass jungen Menschen nicht die Möglichkeiten eröffnet werden, das Rathaus zu besuchen, ins Parlament zu gehen oder mehr Aktivitäten zu machen, da das Curriculum im politischen Bereich gewisse Einschränkungen aufweist. Vieles bleibt theoretisch, die Lehrkräfte müssen sich an den Lehrplan halten, sodass es wenig Freiräume gibt. Wenn man solche Freiräume mit Praxis und

Alltagsnähe verknüpft, kann man, glaube ich, für junge Menschen sehr viel bewegen und auch dieses Interesse wecken.

Bei mir hat sich durch die schulische politische Bildung kein Interesse gebildet, sondern primär dadurch, dass ich den Landtag besuchen konnte, weil ich Menschen in meiner Umgebung hatte, die das Privileg hatten, hier zu arbeiten oder ein Praktikum zu machen. Durch diese Schiene bin ich dazu gekommen, habe eine Jugendorganisation gefunden, wo ich meine Meinung äußern konnte. Diesen Ansatz braucht es, damit wir in der Zukunft eine starke Demokratie aufbauen können und um auch junge Menschen zu erreichen, die nicht wahlberechtigt sind und nicht unbedingt vor der Haustür stehen, wenn Wahlkampf ist.

Anna-Lena Steiß:

Ich möchte gerne auf die Frage zu den politischen Jugendorganisationen eingehen. Aus meinem Umfeld kenne ich viele Leute, die politisch interessiert sind, die aber teilweise gar nicht wissen, welche Jugendorganisationen es gibt oder wo diese anzutreffen sind. Ich bin Vorsitzende einer Organisation, die sich vor allem auf Schüler bezieht. Wir haben das Problem, dass wir an den Schulen nicht werben dürfen. Wir können uns auf dem Marktplatz stellen und hoffen, dass irgendwer vorbeikommt, dem wir einen Flyer in die Hand drücken können. In der Regel ist das aber wenig sinnvoll; denn wenn ich einem Schüler ohne Kontext einen Flyer in die Hand drücke, passiert damit meistens nicht viel.

Mein Wunsch ist, dass man im Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft politische Jugendorganisationen einladen kann und diese unter Aufsicht der Lehrkraft, die eine Vertrauensperson der Schüler ist, ihr Programm oder ihre Programmatik vorstellen und es im Nachgang mit der Lehrkraft eingeordnet wird. Dann hat man abgedeckt, dass die Schüler davon erfahren können, und man hat eine Einordnung. Das Problem ist, dass Schüler in einem gewissen Alter sehr beeinflussbar sind. Das kann man dadurch umgehen. Zugleich hat man im Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft auch eine wirkliche politische Bildung. Ich habe die Erfahrung in diesem Fach gemacht, dass wir ein halbes Jahr lang über Bestandteile von Handys gesprochen haben. Das ist schön, das zu wissen, aber im Alltag und vor allem im politischen Alltag bringt mir das nichts. Wenn man dahinkommen könnte, Schüler ein bisschen anzuleiten oder ihnen zumindest aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, wird es auch sicher mehr Beteiligung geben. Es gibt Menschen, die das gerne machen würden, die aber keinen Ansprechpartner finden.

Justyn Kram:

Zur Beteiligung an der Schule gab es 2022 auch Forderungen. Es wurde gefordert, einheitliche Informationen zur Schülervertretung – sei es SV, SSR, KSR oder LSV – verpflichtend im Unterricht zu verankern, damit die Schülerinnen und Schüler über ihr eigenes Mitspracherecht und die Möglichkeiten Bescheid wissen, um darüber Transparenz zu schaffen. Meistens ist es nicht klar, dass sie mitsprechen können, außer es gibt dort jemanden, der in der SV vertreten ist. Häufig wissen sie nicht, dass sie auf diese Person zugehen und Sachen einbringen können. Das wird nicht klargestellt. Man muss Eigeninitiative aufbringen, um sich selbst schlau zu machen.

Eine weitere Forderung war es, dass der Landtag die begründeten Finanzforderungen der LSV im Landeshaushalt berücksichtigt, damit die LSV erfolgreich „arbeiten“ kann – nicht meine Formulierung. Es soll mehr Mitspracherecht für Schülerinnen und Schüler durch die SV bis hin zur LSV geben, weil Veränderungen hin zu einer zukunftsfähigen Schule notwendig sind.

Es ist schwierig, zu verdeutlichen, aber: Die Schüler müssen sich immer selbst informieren. Wenn sie einen Vertreter in der SV haben, dann müssen sie immer auf diesen zugehen. Es ist aber auch der Wunsch da, dass die Vertreter in der SV in ihren Klassen von SV-Sitzungen berichten können. Das gibt es nicht an jeder Schule. Wir mussten zum Beispiel immer aktiv nachfragen, was in der SV besprochen wurde. Von verschiedenen Personen sind dann verschiedene Dinge berichtet worden. Das muss transparenter gemacht werden.

Logan Schuh:

Die Antwort auf Ihre erste Frage erscheint mir sehr einfach. Als Mensch, der auch in schulpolitischen Gremien, beispielsweise in Wiesbaden im SSR, vertreten ist, weiß ich, dass es dort wirklich schwer ist, politische Arbeit zu leisten. Wenn wir an die Schulen gehen wollen, werden wir meistens von den Direktoren und Lehrern daran gehindert. Es wirkt häufig so, als würden sie sagen wollen: Nee, wir können es besser, also machen wir es selbst. – Im Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft bin ich so weit, dass ich besser bin als meine Lehrerin, ohne das jetzt arrogant wirken zu lassen. Meine Lehrerin ist an einem Punkt angelangt, an dem sie mir keine Aufgaben mehr stellen kann, wodurch ich in diesem Fach unterfordert bin.

An Realschulen gibt es Wahlpflichtfächer. Für interessierte Jugendliche, die wirklich Lust haben, sich politisch einzubringen – parteiübergreifend oder wie auch immer –, sollten WPU-Fächer im Bereich Politikwissenschaft angeboten werden, damit diese lernen können, was Wahlen sind, oder sie beispielsweise diesen wunderschönen Plenarsaal hier besuchen können. Auch einfach in der Kommune das Rathaus zu besuchen und dort mehr über Politik zu lernen, wäre wichtig.

Schulen sollten Gespräche mit kommunalen Politikern mehr fördern, dass Politiker an Schulen gehen. Gestern erst habe ich im Rathaus in Wiesbaden mit einer Politikerin der FDP ein Gespräch geführt, dass in ihrer Zeit noch Gespräche mit Politikern an Schulen geführt wurden. Heute gibt es das in Wiesbaden nicht mehr. Wir sind uns einig gewesen, dass das fehlt. Man muss mehr darauf achten, dass Politiker Kontakt zu den Schulen suchen.

Ja, wir können nicht wählen. Wir haben momentan keinen direkten Einfluss auf die Politik, nur indirekt. Die Politiker sollten dennoch auf die Jugendlichen, die nicht wählen können, zugehen und an Schulen oder in Jugendzentren gehen.

Ihre zweite Frage verstehe ich so. Beispielsweise bin ich durch eine Person aus unserem Quartier, Schelmengraben im Stadtteil Dotzheim in Wiesbaden, politisiert worden. Durch ihn habe ich hautnah Politik erlebt. In der Schule ist das in diesem Sinne überhaupt nicht geschehen. Die Kommunen sollten mehr Geld zur Finanzierung der politischen Teilhabe haben. In Wiesbaden hat das Sozialdezernat entschieden, den Wiesbadener Jugendkongress ins Leben zu rufen, der

jedes Jahr von genug Jugendlichen besucht wird. Die Verwaltung ist vertreten, die Politik ist vertreten. Da kommt man ins Gespräch.

Jede Kommune braucht eine Art Jugendparlament oder Jugendgremium, wie wir es auch gefordert haben. Jugendliche sollten mehr am politischen Leben in den Kommunen teilhaben. Das fehlt einfach. Bei uns in Wiesbaden ist das eigentlich sehr stark gegeben, in anderen Landkreisen zum Teil auch, aber beispielsweise hat Frankfurt in dem Sinne kein Jugendparlament. Die politische Teilhabe fehlt in manchen Kommunen einfach.

Abgeordneter Felix Martin:

Vielen Dank euch, dass ihr euch heute die Zeit nehmt und uns Einblicke in das gibt, was ihr diskutiert habt. Das zeigt, dass der HOP!-Landesjugendkongress ein Erfolgsmodell ist. Auf dem Bildschirm hinter euch ist immer noch die Entstehungsgeschichte dargestellt. Man kann sagen: Das ist ein tolles und etabliertes Format.

Ich habe drei Fragen zur Demokratiebildung. Du hast vorhin davon gesprochen, dass ihr eine App zur NS-Aufarbeitung entwickelt. Das finde ich sehr spannend. Mich würde interessieren, was ihr dazu sagen würdet, wie man es schafft, junge Menschen direkt anzusprechen, was dieses Thema angeht, um sie dort abzuholen, wo sie stehen. Denn neulich wurde eine Umfrage veröffentlicht, nach der wahnsinnig viele junge Menschen das Wort Holocaust noch nie gehört haben. Das finde ich persönlich erschreckend, weil wir das in meiner Schulzeit sehr intensiv behandelt haben, auch zu einer Gedenkstätte, in ein Konzentrationslager gefahren sind, was es mir sehr viel begreiflicher gemacht hat als das Geschichtsbuch.

Zweites Thema. Mehrfach wurde jetzt gesagt, dass Politik in der Schule gestärkt werden soll. Das kann ich gut nachvollziehen. Der Landtag ist ein Stück weit auch für die Lehrpläne zuständig. Wenn wir hier diskutieren, geht es oft auch darum, dass wir, wenn wir an einer Stelle etwas stärken wollen, an anderer Stelle kürzen müssen – sonst sitzt ihr den ganzen Tag nur noch in der Schule. Habt ihr auch Ideen, an welchen Stellen man Unterrichtszeit kürzen, bestimmte Themen komprimieren könnte, um anderen mehr Raum zu geben?

Das Dritte. Ihr habt jetzt zu vielem gesagt, dass etwas an bestimmten Orten nicht funktioniert, dass Abgeordnete zum Beispiel nicht in die Schulen kommen. Das ist aber möglich. Dass Jugendorganisationen sich an einer Schule vorstellen, ist aber möglich. Ich glaube euch, dass das bei euch vor Ort nicht geht. Das zeigt, dass vieles im Ermessen der Lehrkräfte und der individuellen Schule liegt. Es gibt kein Gesetz, das das verbieten würde. Es ist alles und auch überall in Hessen möglich. Wie schaffen wir es also, dass das, was eigentlich erlaubt ist, auch überall so umgesetzt wird? Bislang war tatsächlich alles, von dem ihr gesagt habt, dass es nicht geht, schon möglich, ist vielleicht vor Ort nur nicht gewünscht. So würde ich es formulieren.

Muhammad Tatari:

Ich würde gerne die erste Frage beantworten, wie man das mit der App gestalten könnte, gerade das Thema NS-Aufarbeitung. Mich beschäftigt das Thema sehr. Jeden Jugendlichen sollte es

beschäftigen. Es ist eine Pflicht, sich mit diesen Gräueltaten auseinanderzusetzen, damit es sich nicht wiederholt. Eine Möglichkeit, diese App zu gestalten, besteht darin, mehr zu investieren. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, diese App zu entwickeln. Leon arbeitet momentan an so einer App. Solche Leute kann man fördern, um Ideen der Jugendlichen zur Gestaltung solcher Apps umzusetzen. Leute aus der Zielgruppe sprechen die Zielgruppe an. Das ist eine Idee.

Die zweite Idee dazu, wie man das machen könnte. Heutzutage ist es wichtig, dass man den Jugendlichen die Angst nimmt. Angst ist eine der größten Hemmschwellen, etwas Neues zu machen. Meiner Erfahrung nach haben Jugendliche heutzutage keine Angst mehr davor, sich auf sozialen Medien zu zeigen oder Formate wie TikTok oder Youtube zu nutzen, weil sie dort sehr aktiv sind. Diese Formate sind ihnen vertraut. Weniger vertraut sind sie mit Werbeflyern. Das ist vielleicht etwas für Menschen, die 30 Jahre älter sind. Deswegen ist es wichtig, Formate zu nutzen, die die Jugendlichen ansprechen, zum Beispiel Kurzvideos, und diese dann auf Plattformen zu präsentieren. Menschen, die sich für etwas einsetzen – NS-Aufarbeitung, Klimawandel, Sportvereine oder anderes –, können in diesen Formaten Inhalte auf diesen Plattformen weitergeben, die die Jugendlichen erreichen können.

Logan Schuh:

Herr Martin, ich finde Ihre zweite Frage sehr faszinierend. Diese Frage diskutiere ich mit Lehrkräften an meiner Schule sehr oft: Welche Unterrichtsfächer könnte man streichen, um den Politikunterricht auszuweiten? – So habe ich es zumindest verstanden. Ich hoffe, die Frage war so gemeint. Wir haben in der Schule Fächer – Kunst, Sport, Musik –, die notentechnisch etwas willkürlich sind. Wenn man gut darin ist, bekommt man eine eins, wenn man schlecht ist, ist es eine fünf. An der Stelle könnte man mehr streichen, die Stundenzahl zugunsten Politik reduzieren.

Wie ich gesagt habe, gibt es an Realschulen Wahlpflichtfächer. Da kann man mehr fördern. Die Schulen könnten auch mehr Unterricht zur politischen Arbeit anbieten. Man könnte auch die Fächer Geschichte, Politik und Wirtschaft und Erdkunde verbinden und dafür mehr Stunden einplanen. Ich finde, in der Schule fehlen Zeit und Lehrkräfte dafür. Die Lehrkräfte sind gut, der Unterricht in Politik und Wirtschaft ist gut, aber da muss man ansetzen. Den Lehrern müssen mehr Zeit und den Schülern mehr Möglichkeiten gegeben werden, sich im Unterricht zu entfalten. Dafür wäre es schon hilfreich, wenn es Doppelstunden in diesem Fach gäbe; denn in 90 Minuten kann man schon sehr viel in diesem Unterricht machen. Auch Nachmittagsunterricht wäre eine Option. Es braucht mehr Stunden. Ich weiß, Schüler wollen vielleicht nicht unbedingt mehr Unterrichtsstunden, aber wenn sie Spaß haben, energisch sind und sie geweckt sind, dann vergehen 3 Stunden in 2 Minuten. So kenne ich es von mir selbst. Die Zeit fehlt einfach.

Leon Pelikan:

Ich möchte ein paar praktische Ansätze vorstellen und einen Blick darauf werfen. Wenn wir von politischer Bildung sprechen, sind wir häufig bei dem Ansatz, das im Politikunterricht zu behandeln. Die Arbeit der Lehrkräfte werde ich nicht diskreditieren. Ich möchte mich auf etwas Anderes fokussieren. In der 7. und 8. Klasse wird über die Kommunalpolitik gesprochen. An vielen Schulen

hat das trotzdem keine hohe Relevanz. Ich selbst habe nicht viel über die kommunalpolitische Ebene im Unterricht gelernt. Ab der 9. und 10. Klasse wird es langsam kritisch, weil Haupt- und Realschüler bereits von der Schule abgehen und in das Berufsleben einsteigen. Genau deswegen braucht es den Ansatz, dass junge Menschen schon früh ausgebildet werden und erleben, was Demokratie bedeutet.

Dafür gibt es beispielsweise die Klassenstunden. Warum sagt man nicht – ich verfolge diesen Ansatz, ohne dass ich es vorher abgesprochen hätte –, man nutzt diese Stunde und lädt aufgrund des Lehrermangels andere Institutionen und Organisationen ein, die die Jugendlichen in gewissen Bereichen unterrichten, zum Beispiel beim Thema Holocaust. Was bedeutet das überhaupt? Was muss da aufgearbeitet werden? Was passiert auf der kommunalen Ebene? Man könnte das Rathaus besuchen. Solche Ansätze könnte man verfolgen, um diese Zeitlücken zu füllen, wenn beispielsweise eine Lehrkraft fehlt.

Eben wurden Social Media angesprochen. Medienbildung wird jetzt auch in der Schule großgeschrieben. Man versucht, es in den Unterricht zu integrieren, dieses Thema anzugehen. Schaut man sich die Wahlergebnisse in Thüringen und Sachsen an, erkennt man im Wahlverhalten eine ganz andere Dimension. Im Social-Media-Feed bekommt man zu 1 Prozent Inhalte von DIE LINKE angezeigt und zu 80 Prozent von der AfD. Die Neutralität – egal, welche Partei welchen Anteil besitzt – ist eine wichtige Dimension. Darüber müssen wir sprechen und eine Plattform für alle Parteien schaffen, auf der alle eine Stimme bekommen und jeder Jugendliche ohne Beeinflussung durch Algorithmen die Möglichkeit bekommt, seine Meinung zu äußern.

Ines Lotter:

Vielleicht kann ich das ein bisschen kombinieren und zwei Fragenkomplexe beantworten. Ich kann da vielleicht gleich anknüpfen. Ich hatte mir auch notiert, dass schon deutlich wird, dass das Interesse an Politik bei Jugendlichen gegeben ist. Gerade an den sozialen Medien erkennen wir das. Es besteht sehr viel Interaktion mit Parteien oder Meinungen, die stark polarisieren. Jugendliche verbringen schon viel Zeit damit. Das Problem ist, Jugendliche nutzen TikTok oder Instagram, um sich über die politische Lage zu informieren. Sie werden dort mit vielen extremen Positionen konfrontiert. Es wäre wichtig, sie vorher auffangen. Das Interesse muss in der Schule geweckt werden.

Leonard Bock:

Ich glaube, es wurde schon sehr viel zu Ihren Fragen gesagt. Zu Anfang haben Sie konkret eine Frage gestellt, die ein wenig mit meinem Engagement zu tun hat, nämlich der NS-Geschichte. Kurz zusammengefasst: Wir sind eine Gruppe von sechs Schülern, die mit der Stadt kooperiert, die das organisiert. Wir haben das Ziel, diesen Pfad unserer ganzen Schulen aber auch anderen Menschen zu eröffnen. Das sind 1.400 Schüler, die in den nächsten Jahren jedes Jahr die Möglichkeit bekommen sollen, die nationalsozialistische Geschichte Michelstadts digital zu erleben. Ich denke, das ist etwas großes, was zu wenige junge Menschen bewegt. Darauf kommt es an, dass wir im Kleinen beginnen, uns zu organisieren. Dieses Projekt ist nur durch die Schule, durch

zwei engagierte Lehrer ermöglicht worden, die beide Geschichte sowie Politik und Wirtschaft unterrichten, sich für die Thematik interessiert haben und Schüler dafür gesucht haben.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir den Politikunterricht, den Schulunterricht nutzen, um solche Angebote zu initiieren. Natürlich können wir nicht in allen 30 Schülern einer Klasse Interesse an Politik wecken. Das ist die Realität. Man kann aber schauen, dass man den Menschen, die sich wirklich dafür interessieren, mehr Möglichkeiten bietet. Da finde ich die Idee, beispielsweise Kunst oder Musik zur Wahloption zu machen und dafür eine weitere Stunde Politik und Unterricht anzubieten, attraktiv. In der 9. Klasse hatte ich selbst drei Unterrichtsstunden Politik und Wirtschaft, davor immer zwei, bis zur 7. Klasse überhaupt keine und auch nun wieder zwei. Ob man zwei oder drei Unterrichtsstunden hat, macht einen eklatanten Unterschied bei der Möglichkeit, ob man sich mit dem aktuellen Tagesgeschehen auseinandersetzen kann. Zurzeit haben wir dazu kaum Gelegenheit. Pro Stunde sind es abgezählte 5 Minuten, in denen wir uns über die zwei wichtigsten Ereignisse der Woche unterhalten. Das funktioniert einfach nicht.

Wenn wir junge Menschen aller Hintergründe – egal, ob sie wie ich von ihren Eltern für Politik begeistert wurden oder diese Möglichkeit nicht haben – dafür begeistern und es schaffen wollen, dass sich Menschen verschiedener Couleur wirklich für Politik interessieren und dann vielleicht sogar irgendwann in diesem Plenarsaal sitzen, dann müssen wir in der Schule anfangen. Es gibt meines Erachtens keine andere Möglichkeit.

Anna-Lena Steiß:

Wir hatten mehrmals den Vorschlag, Kunst oder Musik zur Wahl zu stellen. In der Oberstufe war es zumindest bei uns so gewesen, dass man eines von beiden wählt beziehungsweise gab es als weitere Option noch darstellendes Spiel. Das erachte ich als sehr sinnvoll. Man könnte überlegen, das bereits ab der 7. oder 8. Klasse so zu machen.

An unserer Schule hatten wir auch Projektunterricht. Das halte ich auch für sinnvoll. Es war so aufgebaut, dass wir dafür vier Wochenstunden hatten. Ein Projekt streckte sich über drei bis sechs Wochen. Unterschiedliche Lehrkräfte haben so unterschiedliche Themen unterrichtet. Wir hatten so die Möglichkeit, zum Beispiel das Thema Kolonialismus weiter zu vertiefen. Es gab geschichtliche Themen, MINT-Fächer, Mathe, Deutsch, alles Mögliche. So konnte man gezielt Themen weiter vertiefen.

Ines Lotter:

Ich finde, in der Schule sollte den Schülern gezeigt werden, dass sie Einfluss haben. Es muss signalisiert werden, dass Politik nah ist, dass es keine große Hürde gibt. Die Gedanken „du kannst das auch, du musst das auch machen“ und „es ist wichtig, dass du für dich selbst und die Gemeinschaft einstehen kannst“ müssen gesetzt werden. An vielen Schulen geschieht das auch schon, zum Beispiel durch SV-Arbeit. Die Hürde darf nicht so hoch sein. Der SV-Arbeit muss

auch vonseiten der Lehrer genug Zeit eingeräumt werden. Dies muss mit anderen Fächern gleichgestellt werden, vielleicht muss dem zeitweise sogar eine höhere Wichtigkeit eingeräumt werden, weil sich daraus auch etwas entwickeln kann.

Sobald dieses Interesse geweckt ist, muss den Schülern auch sofort aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten sie haben, sich außerschulisch zu engagieren. Klar ist es schwierig, zu sagen, welche Parteien es gibt und diese vorzustellen, aber man könnte zum Beispiel aufzeigen, wie man einer Partei beitrifft oder welche Organisationsformen es gibt, wo man hingehen kann, an wen man sich wenden kann. Da fällt mir zum Beispiel der Hessische Jugendring ein. Viele Schüler sind sich gar nicht bewusst, dass es neben der Schülervertretung weitere Möglichkeiten gibt, sich zu engagieren, wenn ihnen das nicht vom Elternhaus mitgegeben wird.

Zur Kürzung von Unterrichtszeiten. Ich finde, dass auch künstlerische und musikalische Fächer eine Relevanz haben. Wir müssen uns zwischen Kunst und Musik entscheiden. Da finde ich es schwierig, weitere Abstriche zu machen. Schule und Politik sind als Thema sehr interessant, aber auch sehr kompliziert. Häufig denke ich darüber nach, dass allgemein eine große Reform notwendig ist. Wir lernen in der Schule viele Sachen, die nicht unbedingt erforderlich sind. Mathe, Deutsch und Englisch sind wichtige Fächer, für die es viel Grundwissen braucht. Wir kennen aber auch alle, dass man etwas für eine Arbeit lernt und später wieder alle Details vergisst. Da müsste man ansetzen. Mir ist aber bewusst, dass das hier den Rahmen sprengen würde.

Ich habe ein sehr großes politisches Interesse, allerdings auch ein großes Interesse an Kunst. Da ich auf ein Kunstgymnasium gehe und den Kunst-Leistungskurs gewählt habe, ist es mir nicht möglich, dazu den Sozialkundeleistungskurs zu wählen, obwohl ich mich dafür interessiere und dafür brenne. Im jetzigen Sozialkundeunterricht bin ich unterfordert. Vom gesetzlich vorgegebenen Rahmen werde ich insofern ausgebremst. Das ist schade.

Zur Aufklärung über den Nationalsozialismus. Ich nehme das auch so wahr. Es ist wichtig, dass jeder mitgenommen wird. Vielleicht sind da auch Abfragen sinnvoll, um zu prüfen, wie viel Wissen die Schüler, die in einer Klasse sitzen, zu dem Thema schon haben. Ich habe zum Beispiel einen ganz normalen Bildungsweg durchlaufen, aber noch kein einziges Mal den Zweiten Weltkrieg oder den Nationalsozialismus behandelt. Das ist nicht nur schade, sondern eine totale Katastrophe.

Abgeordneter **Dominik Leyh:**

Ich bedanke mich zunächst für die Ausführungen. Als jemand, der auch zwischen der 5. und 13. Klasse Klassensprecher und zwei Jahre Schulsprecher war, warne ich vor: Viel Engagement kann eventuell im Landesparlament enden. Ich finde es super, dass ihr hier seid. Das ist ein gutes Statement.

Meine eigene Erfahrung aus der Realität ist, dass es angefangen bei der Schülervertretung so ist, dass man die Leute zum Jagen tragen musste. In der Schule lief das meistens noch gut. Ab der Ebene des Kreisschülerrats wurde es schon wesentlich dünner, dass man Leute findet, die

das machen wollen. Beim Landesschülerrat herrschen auch diese Probleme, die Leute da hinzubekommen, wo man sie braucht.

Eigentlich höre ich immer wieder heraus, dass man gar nicht so weiß, was es alles gibt. Daher stelle ich die zentrale Frage, ob nicht vielleicht schon damit geholfen wäre, wenn man innerhalb der Schule mehr macht und es weniger vom Engagement der einzelnen Lehrkraft des Unterrichtsfachs Politik und Wirtschaft abhängt. Kollege Martin hat es gesagt. Als Politiker kann man zu Podiumsdiskussionen eingeladen werden – idealerweise sind alle Parteien vertreten. Auch die Jugendorganisationen können sich vorstellen. Man könnte das wie die verpflichtenden Praktika in der 8. Klasse aufnehmen. Auf der einen Seite stellt man Informationen bereit, welche Jugendorganisationen es gibt, und auf der anderen Seite hilft es den politischen Jugendorganisationen, sich dort vorzustellen, wo die Zielklientel ist. Hilft das?

Daneben sind noch verpflichtende Parlamentsbesuche genannt worden. Im Schwalm-Eder-Kreis gibt es ein tolles Programm, dass Schulen den Kreistag besuchen. Ich weiß nicht, wie verbreitet das in Hessen ist. Das wäre der erste Ansatz, dass man, bevor man den Landtag in Wiesbaden oder den Bundestag in Berlin besucht, landesweit solche Besuche auf Kreisebene ausrollt. Letzten Endes ist so etwas heute schon möglich, da die Sitzungen öffentlich sind. Meistens finden sie nur zu Uhrzeiten statt, die schulunfreundlich sind.

Abgeordnete Wiebke Knell:

Vielen Dank für den Input, den ihr gegeben habt. Bei vielen Punkten denke ich an mein 15- oder 16-jähriges Ich, als ich mich in ähnlichen Gremien engagiert habe, aber auch an den gleichen Punkten gescheitert bin, wie die Einrichtung eines Jugendparlaments. Das hat nicht funktioniert, weil wir keine Leute gefunden haben, die das machen wollten. Deswegen lautet meine Frage: Habt ihr das Gefühl, dass es überhaupt überall genug junge Menschen gibt, die das wirklich machen wollen? – Bei uns gibt es das nicht. Selbst mehrfache Anläufe haben nicht dazu geführt, dass das initialisiert werden konnte.

Bei einigen habe ich herausgehört, dass sie sich politisch in Jugendorganisationen oder in Parteien engagieren. Wie sind eure Erfahrungen in den Parteien? Wird man dort ausreichend wertgeschätzt? Erhält man ausreichend Möglichkeiten, sich dort zu beteiligen? – Als junger Mensch habe ich das so in meiner Partei erlebt und bin immer gefördert worden. Dann könnte man sich aber auch direkt bei der Kommunalwahl für die Parteien einsetzen. Wir haben riesige Probleme – ich spreche da gerade für den ländlichen Raum – bei den Parteien – unabhängig davon, ob die Partei groß oder klein ist –, überhaupt Menschen zu finden, die sich aufstellen lassen. Wir haben in einem Jahr Kommunalwahlen. Ich weiß aus vielen Kommunen in meinem Umfeld, dass viele Listen nicht zustande kommen werden, weil es keine Menschen mehr gibt, die dazu bereit sind. Ich sitze in einem Parlament, in dem ich mit Anfang 20 die Jüngste war und jetzt mit Anfang 40 immer noch die Jüngste bin. Die Parlamente werden immer älter, weil sich kaum jemand neu aufstellen lässt.

Das Kommunalwahlsystem bietet manchmal eine Chance, kann für junge Menschen auch hinderlich sein. Das gehört in Hessen dazu. Das muss man mitdenken. Mich würde interessieren: Was hindert aus eurer Sicht junge Menschen daran, sich in den Parteien wirklich zu engagieren und zu sagen, dass sie den oder den Listenplatz haben wollen und dass den jungen Leuten eine Chance gegeben werden soll? – Ich glaube, dass das bei den meisten Parteien auf Zuspruch treffen würde, gerade in der aktuellen Situation.

Dann habe ich noch einen Tipp zum Thema Parlamentsbesuch. Ich erlebe es so, dass wir immer weniger eingeladen werden und zwar immer von den gleichen Schulen. Es hängt an einzelnen Lehrkräften, die fünf Mal im Jahr etwas machen. Andere Schulen habe ich schon 15 Jahre lang nicht mehr besucht, weil das dort niemand in die Hand nimmt. Es wäre wichtig, dass in einem Kreisschülerrat darauf hingewiesen wird, die Lehrkräfte anzusprechen und zu sagen, dass ihr ein Parlament besuchen wollt. Der Kreistag im Schwalm-Eder-Kreis tagt beispielsweise vier, fünf Mal im Jahr. Dann kommt eine Schulklasse vorbei, reist aber dann wieder vorzeitig ab, um noch den Bus zu bekommen. Die Hälfte bekommen sie nicht mit. Das finde ich dann schwierig. Auch das hängt immer von den Lehrkräften ab. Es ist also wichtig, den Wunsch zu äußern, dass man Treffen mit Politikern haben möchte. Das muss von der Schülerschaft an die Lehrkräfte herangetragen werden.

Ich habe noch eine konkrete Frage zur HOP!-Landesjugendkonferenz. Seht ihr dort Verbesserungspotenzial? Was wünscht ihr euch da noch? Zwei Jahre sind eine sehr lange Zeit, wenn man noch zur Schule geht. Es könnte sein, dass euch der Abstand dazwischen zu lang ist. Welche Wünsche gibt es, sich noch weiter zu beteiligen? Was nehmt ihr aus der HOP!-Landesjugendkongress neben der Möglichkeit mit, netzwerken zu können und Leute aus anderen Teilen Hessens kennenzulernen? In den Gesprächen, die ich danach geführt habe, sind mir dazu sehr unterschiedliche Wahrnehmungen vorgetragen worden. Was kann man noch besser machen? Das ist im Moment die Institution, wo ihr direkt die Möglichkeit habt, Wünsche an uns in der Landespolitik zu äußern. Deswegen sollte man das verstärkt nutzen.

Anna-Lena Steiß:

Das erste war das Thema, ob man Parlamentsbesuche analog zu Schulpraktika verpflichtend machen sollte. Das bejahe ich ausdrücklich. Das halte ich für sehr wichtig. Auch wenn man Podiumsdiskussionen hat, finden diese meistens abends und außerhalb der Schulzeit statt. So erreicht man nicht alle Leute, vor allem nicht diejenigen, die intrinsisch nicht viel Interesse an Politik haben. Wenn man das zum Teil des Unterrichts macht, sind die Leute gezwungen, sich aktiv damit auseinanderzusetzen, was ich sehr wichtig finde.

Der Vorschlag, den Kreistag zu besuchen, finde ich an sich gut. Allerdings weiß ich nicht, ob das die Schüler abholt und spannend genug ist. Vielleicht ist es doch so, dass ein Landtag interessanter ist. Von meinem Papa wurde ich sehr oft in den Kreistag gesetzt. Ich hatte dort immer meine Freude. Mein Bruder würde zum Beispiel nicht so gerne dort sein.

Wertschätzung in den Parteien. Ich oute mich als CDU-Mitglied. In der Jungen Union erfahren wir sehr viel Wertschätzung durch unsere junge Gruppe. In der CDU bei uns in der Gemeinde – sehr ländlich – erfahren wir hingegen sehr wenig. Es ist schwierig, ohne Kontakt an gute Listenplätze zu kommen. Ich hatte das Glück, dass ich einen guten Listenplatz bekommen habe, weil ich einfach auch als Kind immer mitgenommen wurde und bekannt bin. Junge Leuten werden nicht gerne wahrgenommen, vor allem nicht junge Frauen. Das ist ein Problem, was man in anderen Parteien vielleicht nicht so sehr hat wie in konservativen Parteien. Es ist aber prinzipiell ein Problem, wenn man in einer ländlichen Region ist.

Was die Beteiligung von jungen Leuten im Kreistag betrifft, ist es so, wir haben in Marburg immer freitags um 10 Uhr Kreistagssitzung. Das ist für Studenten schwierig, wenn sie Vorlesungen oder Seminare haben. Das ist für Schüler schwierig. Freistellungen werden dafür nicht gerne erteilt. Das ist auch der Grund, warum bei uns viele gewählte Personen aufgegeben haben, weil es zeitlich nicht zu machen war.

Politiker in Schulen einzuladen finde ich gut. Ich war bei einer Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl. Die Moderation war sehr schwierig, weil Lehrer ihre Positionen sehr stark vertreten haben und der Schulleiter vorgegeben hat, wann geklatscht wird. Man hat sehr stark gemerkt, dass manche Parteien nicht zu Wort kommen sollen. Es wurden Sachen verdreht und falsch wiedergegeben. Vor allem rechtliche Parteien durften nicht zu Wort kommen oder das, was sie gesagt haben, wurde als falsch dargestellt. Eine offene Meinungsbildung war nicht möglich.

Verbesserungspotenzial beim HOP!-Landesjugendkongress sehe ich vor allem darin, mehr Zeit einzurichten. Ob das machbar ist, ist eine Frage.

Logan Schuh:

Dann oute ich mich als Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bei uns in Wiesbaden trifft es immer auf Zustimmung, wenn ich als junger Mann dort hingehere und sage, dass ich etwas machen möchte. Ich werde immer mit offenen Armen empfangen. Zumindest in Wiesbaden ist das so. Wie es im ländlichen Raum ist, kann ich nicht bewerten. Ich lebe nicht auf dem Land, ich bin Wiesbadener, ich lebe in einer Großstadt. Ich kann nur sagen, dass es bei uns bei der SPD und bei den Jusos in Wiesbaden so ist, dass ich direkt beim ersten Mal mit offenen Armen begrüßt wurde. Auch wenn ich im Ortsverein Fragen stelle, was ansteht, wird das begrüßt.

Ich bin noch nicht 18, kann mich noch nicht auf eine Liste setzen lassen. Trotzdem glaube ich, dass junge Menschen dann nicht unbedingt zum Zug kommen. Ich glaube, viele Politiker denken – ich weiß nicht, ob Sie das denken –, dass junge Menschen nicht reif genug sind und noch nicht mitarbeiten können, und ältere Menschen bevorzugt werden, weil diese schon den Lebenslauf Nonplusultra aufweisen, der sich über 60 Jahre erstreckt. Junge Menschen haben weniger Erfahrung. Darauf kann man in den Parteien achten, dass junge Menschen vielleicht den Vorzug bekommen, damit sie auch Teilhabe erfahren können. Wenn das nicht passiert, können wir uns



nicht engagieren, können nicht aufsteigen und können dann auch nichts machen, wenn die Älteren nicht mehr da sind, wir dann aber auch schon so alt sind. Junge Menschen sollte man in den Parteien so früh fördern, dass sie dann auch einen Listenplatz bekommen können.

Zum Besuch in Kreistag. Ich nehme als Beispiel das Wiesbadener Rathaus, weil ich aus der Stadt, aus Wiesbaden komme. Hier ist der Besuch durch das Projekt „Jugend im Rathaus“ vom Jugendschutzbund gefördert. Das wird sehr gut gemacht, aber es fehlt an der Integration der vorhandenen Jugendgremien. Das Jugendparlament und der Stadtschülerrat werden nicht so sehr eingebunden.

Ich stimme meiner Vorrednerin zu, dass der HOP!-Landesjugendkongress bei der Zeit Verbesserungspotenzial hat. Wir hatten nur wenig Zeit für persönliche Diskussionen. Man kann sagen, beim HOP!-Landesjugendkongress gab es Personen mit der Tendenz zum äußeren Spektrum. Die Diskussion mit diesen konnten wir nicht führen, weil uns die Zeit dafür nicht gegeben wurde. Das hat gefehlt.

Projektwochen sollte man an allen Schulen machen, auch schon in der 4. Klasse an Grundschulen. Jugendliche und Kinder sollten so früh wie möglich politisiert und gefördert werden, um so die besten Nachwuchskräfte für die Zukunft zu gewinnen.

Justyn Kram:

Ich oute mich auch als SPD-Mitglied. Auch in Frankfurt ist es so, dass man mit offenen Armen empfangen wird. Bei den Jusos – ich war schon länger nicht da – und auch im Ortsverein ist das so. Ich habe, als ich das erste Mal dort war, gemerkt, dass ich den Altersdurchschnitt mit meinen 16 Jahren drastisch gesenkt habe. Es ist schwierig, die Jugend zu bevorzugen, aber man sollte sie zumindest gleichstellen, sie nicht über die Älteren stellen, aber gleich mit ihnen, damit Politik auf Augenhöhe möglich wird, wie das bei den Jusos ist. Sie sollten gleichgestellt sein mit den Älteren, die mehr Erfahrung haben, damit diese auch ihre eigenen Erfahrungen machen können.

Leon Pelikan:

Ich würde den Punkt auch aufgreifen wollen. Ich bin schon sehr lang in der Kreisschülervertretung aktiv gewesen. Da ich von diesem System in der Mittelstufe noch nichts verstanden und mitbekommen habe, weil die Schulen das nicht nach außen getragen habe, konnte nicht auf Landes- oder Bundesebene mitwirken und gestalten. Das ist natürlich ein großes Problem, weil es dann politisch instrumentalisiert wird. Es geht dann in gewisse Richtungen. Wir Schüler sind vielfältig. Wir müssen uns demokratisch aufstellen. Deshalb ist das mit der BSK beispielsweise schwierig, diese Positionierungen. Es entscheidet sich vieles über unsere Köpfe hinweg, weil mit Landesebene und kommunaler Ebene nicht viel abgesprochen wird. Da braucht es mehr Transparenz.

Auch der angesprochene Adultismus ist ein Problem. Es müssen mehr junge Menschen auf kommunaler Ebene einbezogen werden. Das ist sehr wichtig. Ich selbst konnte dadurch sehr viele Erfahrungen sammeln. Was an den Schulen häufig fehlt, sind demokratische Wahlen. Das klingt komisch, aber an vielen Schulen, die ich kenne oder besucht habe, sieht man, dass Teams zur

Wahl aufgestellt werden. Damit fängt es schon an. Es werden Grundzüge von der Schulleitung nicht richtig erklärt. Es gibt keine richtigen Förderungen wie für MINT. Das muss es aber auch für politische Bildung geben. Den Ansatz möchte ich Ihnen gerne noch mitgeben.

Ines Lotter:

Sie hatten mitgeteilt, dass Sie früher keine Leute für ein Jugendgremium zusammen bekommen haben. Ich denke, das ist heute in manchen Kreisen sicher auch noch so. Aber ich habe auch ein Gegenbeispiel. Ein Freund von mir hat vor kurzem ein neues Jugendgremium mitgegründet. Er würde vielleicht auch hier sitzen, wenn er eine Schulbefreiung für den HOP!-Landesjugendkongress 2024 bekommen hätte. Das als kleine Anekdote am Rande.

Das politische Interesse ist schon gegeben. Selbst wenn die Jugendlichen es nicht von sich aus sagen, entgegne ich, dass doch eigentlich alles politisch ist. Politik bestimmt die verschiedensten Bereiche. Jeder hat ein Herzensthema, was ihn bewegt, was es ihm wert, dafür zu kämpfen und dafür einzustehen. Ich finde, es ist wichtig, den Jugendlichen das auch zu verdeutlichen.

Zum parteipolitischen Engagement. Ich bin keiner Partei zugehörig, obwohl ich das gerne wäre. Eben habe ich schon gesagt, dass ich in verschiedenen Organisationen tätig bin und versuche, jedes Treffen mitzunehmen. Parteipolitisch kann man aber noch mehr erreichen. Mich haben in der Vergangenheit aber ein paar Sachen davon abgehalten. Zum einen finde ich es schwierig, mich so zuzuordnen – vor allem, was die großen Parteien anbelangt. Im Rahmen der Europawahlen habe ich mich intensiv mit den anderen Parteien befasst. Es ist aber oft schwierig, diesen beizutreten, wenn man noch nicht 18 ist. In Hessen oder Wiesbaden gibt es häufig noch keine Stammtische. Bei kleinen Parteien ist natürlich auch attraktiv, dass man da selbst am Aufbau mitwirken kann.

Angst ist als Thema schon vorgekommen, dass das eine große Hürde darstellt. Auch bei mir war es so, dass ich eine Zeit lang gedacht habe, wenn ich Politiker im Fernsehen sehe oder mir Podiumsdiskussionen anhöre oder mich in bestimmten Kreise bewege, dass ich dafür noch nicht gut oder selbstbewusst genug bin. Da muss man auch bestärkt und durch die Schule herangeführt werden, damit man nicht das Gefühl hat: Entweder mache ich gar nichts oder ich werde die neue Bundeskanzlerin. – Es muss aufgezeigt werden, dass es einen Weg dahin gibt und man nicht direkt ins kalte Wasser geworfen wird.

Bei großen Parteien habe ich das Gefühl – das wurde auch angesprochen –, dass man Kontakte braucht. Es ist nicht nur im politischen Bereich so, aber mir fällt sehr oft auf, dass Kontakte sehr wichtig sind. Wenn man ein Praktikum in einem bestimmten Bereich haben möchte, helfen einem Kontakte stark weiter. Wenn man nicht durch die Familie angebunden ist, ist es schwieriger, eine hohe Position zu erlangen oder einen Zugang zu bekommen.

Verbesserungsvorschläge für den HOP!-Landesjugendkongress oder ähnliche Formate. Ich würde so etwas auch auf Bundesebene interessant finden. Ich habe am EU-Camp in Berlin teilgenommen. Es hat sich an Jugendliche deutschlandweit gerichtet. Das war zur Vorbereitung auf die Europawahl gedacht. Dort wurden Jugendliche mit dem Ziel aufgeklärt und unterrichtet, dass

sie mit dem erlangten Wissen in ihre Schulen, Vereine und Organisationen gehen, wo sie aktiv sind, das Wissen weitertragen und die Jugendlichen dazu anregen, wählen zu gehen.

Der HOP!-Landesjugendkongress ist ein positives Beispiel. Bei anderen Treffen habe ich es oft so erlebt, dass nur eine ganz bestimmte Gruppe an Jugendlichen dort vertreten ist. Da spielen dann wieder die Kontakte eine Rolle. Man sieht dort fast keine Jugendlichen mit Migrationshintergrund, nur Jugendliche aus Gymnasien, aus wohlhabenden Elternhäusern, ohne Beeinträchtigungen. Das finde ich schade. Das ist kein Abbild der Jugendlichen. Wenn nur diese Leute dort vertreten sind, werden auch nur die Bedürfnisse und Wünsche dieser Jugendlichen umgesetzt. Das ist ungerecht.

Logan Schuh:

Mir ist noch eingefallen, dass es in den Parteien zum Teil so ist, dass die Altersgrenze der Jugendorganisationen sehr hoch ist, beispielsweise 35 bei den Jusos, bei der Jungen Union ist es auch 35. Ich persönlich bin der Meinung und habe dazu mit Menschen aus meinem Ortsverein gesprochen, dass man diese Altersgrenze senken sollte. Anbieten würde sich, die Jugendlichen, die bei den Jugendorganisationen Mitglied waren, mit 25 in die Ortsvereine einzubinden und einen fließenden Übergang zu schaffen. Das fehlt. Wenn die Grenze bei 35 ist, dann sitzt der 14-jährige Jugendliche, der Lust auf Politik hat, neben dem 35-Jährigen, der vielleicht schon Vater und ein Stubenhocker ist. Da muss sich etwas ändern. Die Altersgrenze sollte gesenkt werden, sodass Leute ab 25 in die Ortsvereine und die Parteien überwechseln und ein fließender Übergang entsteht.

Abgeordneter Gerhard Bärsch:

Ich möchte mich auch zunächst bei euch für eure Zeit, euren Vortrag und das vorbildliche Engagement bedanken. Ich habe konkret eine Frage zur ersten Forderung, den jugendpolitischen Gremien in den Kommunen. Es gibt bereits diverse Beispiele in Hessen, was Jugendparlamente betrifft. In einigen Landkreisen funktioniert das sehr gut, in anderen vielleicht noch nicht so. Ich komme aus dem Vogelsbergkreis, einem ländlichen Flächenlandkreis. Wir haben dort ein sehr gut funktionierendes Kreisjugendparlament. Nichtsdestotrotz gibt es dort zwar einige Jugendliche, die sehr engagiert sind und auch bei allen Sitzungen dabei sind, aber es gelingt fast nie, das Parlament vollständig zusammen zu bekommen. In den meisten Sitzungen sind sie nicht beschlussfähig, obwohl es dort viele engagierte Jugendliche gibt. Ich selbst nehme mir, soweit mir das möglich ist, die Zeit, an den Sitzungen teilzunehmen. Wir haben auch einen sehr engagierten Landrat im Kreis, muss man dazu sagen, der auch immer dabei ist.

Das Jugendparlament hat bei uns ein Antragsrecht im Kreistag, auch ein Rederecht. Es sind auch schon Anträge eingebracht worden. Ein Antrag ist auch angenommen worden. Sie organisieren auch ab und zu Politiker-Cafés, zu denen Vertreter der Kreistagsfraktionen eingeladen werden, um mit den Jugendlichen zu diskutieren.

Meine Frage lautet: Gibt es aus eurer Sicht Best-Practice-Beispiele, was die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene innerhalb solcher Gremien betrifft? – Ich habe aber auch ganz allgemein die Frage: Wie könnte man die Partizipation vielleicht etwas zeitgemäßer gestalten? – In einem Flächenlandkreis wie unserem ist es kaum möglich, die Schüler aus allen Kreisteilen regelmäßig an einen Ort zu bekommen und Sitzungen abzuhalten. Gibt es dafür von eurer Seite Vorschläge? – Eine App wurde schon genannt. Nichtsdestotrotz werden sich viele junge Leute trotzdem in den sozialen Medien aufhalten. Was sind eure Ansätze, die Partizipation auch auf kommunaler Ebene etwas zeitgemäßer und moderner zu gestalten, sodass eben mehr Jugendliche daran teilhaben können?

Abgeordnete Lara Klaes:

Ich danke euch auch für eure unterschiedlichen Perspektiven. Ein paar Fragen habe ich auch. Zunächst eine etwas utopische, weil eben viel davon die Sprache war, dass in der Schule mehr Politik vorkommen soll, Musik oder Kunst hingegen weniger. Wir sitzen hier im Parlament. Du sitzt sogar auf dem Platz des Kultusministers. Was wäre denn so für die 7. Klasse ein Lehrplan, von dem ihr als Jugendliche sagen würdet, dass ihr ihn euch so für eure Schulzeit gewünscht hättet, weil es das so nicht gab? – Es ist schon so, dass sich die Lehrpläne verändern müssen. Wie sähe eure diesbezügliche Utopie aus? Wenn ihr Sozialministerin oder Sozialminister wärt, welche Jugendpolitik würdet ihr vorantreiben wollen? Was gibt es da, was wir vielleicht auch nicht wahrnehmen? – Dafür haben wir die Enquetekommission, um uns mit euch zusammen Gedanken darüber zu machen, was ihr braucht. Wir selbst tun uns damit schwer. Ich gehöre noch zu den jungen Leuten, bin noch unter 30. Als junge Politikerin wird man auch nicht wirklich ernst genommen. Was wären eure Vorschläge? Wenn ihr in der Politik wärt, was würdet ihr ändern?

Zum anderen – das war eben auch Thema; das ist auch im Parlament ein Streitpunkt –: Was war denn euer Streitpunkt, weshalb einige von euch nicht das Wahlalter 16 befürworteten? Warum habt ihr euch dazu bei der HOPI-Landesjugendkongress nicht einigen können? Seid ihr vielleicht doch eher zu 100 Prozent für das Wahlrecht ab 16? – Ich würde dazu gerne eure Perspektiven hören.

Logan Schuh:

Ich liebe Ihre erste Frage, Frau Klaes. Was wäre, wenn wir Kultusminister oder Sozialminister wären? Ich persönlich bin klar dafür, dass ich als Kultusminister – das ist ein kleiner utopischer Wunsch meinerseits; dieses Ziel habe ich mir gesetzt – die Lehrpläne moderner gestalten würde, die Digitalisierung mehr in den Fokus nehmen würde und auch mehr zeittypische Themen im Kontext der Politikwissenschaften aufnehmen würde. Beispielsweise sollte man mehr über Parteien auf TikTok sprechen, die dort Parolen verbreiten, die nicht unbedingt ganz so *schee* sind, um es freundlich zu sagen. Man müsste engagierte Jugendliche, die Lust haben, etwas zu machen, mehr fördern, anstatt zu sagen: Boah, nee, der Rest ist noch nicht so weit. – Man muss mehr das Individuum sehen und nicht die große Masse. Das machen viele Lehrer heutzutage. Da wird vielleicht gesagt: Du bist zwar cool, aber die Klasse ist noch nicht so weit, also sind wir

ein bisschen langsam. – Da muss mehr passieren. Da muss ein Wechsel vollzogen werden, so dass die Lehrer sehen, dass das Individuum im Fokus steht und dieses gefördert wird und nicht die Allgemeinheit. Die Lehrkräfte müssen beispielsweise Extraaufgaben oder Förderung bieten.

Leon Pelikan:

Das Wahlalter mit 16 ist eine umstrittene Frage. Ich selbst sehe das ein bisschen zwiespältig. Auf der einen Seite hat man bei jungen Menschen durch die fehlende politische Bildung extreme Schwächen in vielen Aspekten, aber auf der anderen Seite sollten man ihnen eine Plattform geben. Dazu kann ich mich nicht klar positionieren.

Wenn man den Lehrplan, das Curriculum darauf fokussiert, Schwerpunkte zu setzen und nicht zu viele Inhalte, nicht zu viel Belastendes einzubauen, ist es auch für die Lehrer einfacher, diesen Praxisbezug einzubauen. Wir gehen in die Schule, um das Handwerk zu lernen, damit wir selbst reflektieren und lernen können, dass wir diese Fähigkeit besitzen. Diese Schwerpunktthemen – Medienkompetenz, Digitales, politische Bildung und MINT-Fächer – gehören definitiv in die Schule, schon vom niedrigen Alter an. Die Zusammenhänge zwischen den Fächern müssen viel stärker dargestellt werden. Ich weiß, das ist sehr schwierig. Die Landespolitik macht dazu immer wieder Vorstöße, ebenso das staatliche Schulamt. Da muss aber mehr passieren.

Als weiteren wichtigen Punkt würde ich gerne noch die Schulkonferenz ansprechen. Das Stimmenverhältnis auf der Schulkonferenz ist in vielen Teilen von Hessen sehr schwierig; denn selbst wenn Schüler und Eltern zusammen stimmen, haben die Lehrkräfte durch die Schulleiterin oder den Schulleiter immer die Mehrheit. Das sollte man in den Fokus nehmen. Auch wenn die jungen Menschen nicht unbedingt mit 16 wählen dürfen, sollte man zumindest dort ansetzen.

Leonard Bock:

Ich bedanke mich, dass du diese Problematik angesprochen hast. Das hatten wir auch schon an unserer Schule. Bei der Frage, ob wir eine G8-Modellschule bleiben sollen, die sozusagen beide Modelle anbietet, haben wir als Schülerschaft relativ klar votiert, sind in der Schulkonferenz letztlich von der Lehrerschaft überstimmt worden. Das nur am Rande.

Ich würde sehr gerne auf Ihre Frage antworten, kann es aber leider nicht, weil in unserem Kreis kein Jugendparlament existiert. Ich kann aber das, was Sie erläutert haben, nachvollziehen. Im ländlichen Raum ist es sicherlich schwierig, diese Menschen regelmäßig zusammen zu bekommen, überhaupt so viele engagierte Personen zu finden und dafür zu werben, dass sie sich zur Wahl stellen. Ich denke, sich zur Wahl zu stellen, erfordert auch Mut. Denn wenn man sich zur Wahl stellt, muss man immer damit rechnen, zu verlieren. Daran müssen sich viele junge Menschen auch erst gewöhnen, an diese Prozesse. Dafür bietet die Schule gerade mit der Schülervertretung eine wichtige Grundlage.

Bezüglich des Lehrplans, unserer Utopie. Meine persönliche Utopie sähe so aus, keine so stringente Zuteilung der Stunden zu haben. Ich kann mich erinnern, dass es beispielsweise in der 7. Klasse eine sehr große Unterrichtseinheit zur Kommunalpolitik gegeben hat. Das ist wichtig.

Davon habe ich viel mitgenommen. Ich finde, das müssen wir gerade auch am Anfang als Grundlage legen, bevor wir über Landes- und Bundespolitik sprechen. Gerade da kann man dann auch diese Aktivitäten einbringen. In der 9. Klasse behandeln wir zum Beispiel das Thema Recht. In diesem Kontext ist dann der Besuch eines Gerichts vorgesehen. Das wird zumindest an meiner Schule auch umgesetzt.

In Hessen haben wir auch die Landeszentrale für politische Bildung, die finanziert wird und viele Angebote für den Unterricht hat. Man könnte im Lehrplan ein gewisses Zeitkontingent dafür vorsehen, dass Lehrkräfte mit diesen Angeboten arbeiten können. Ich erinnere mich an Unterrichtsstunden, in denen wir mit Material der Landes- oder auch der Bundeszentrale für politische Bildung gearbeitet haben und sehr produktiv über tagesaktuelle Politik gesprochen haben, das aber auch gleichzeitig mit Lehrplaninhalten verbunden haben. Das ist wichtig, dass wir vom Land auch Material zur Verfügung gestellt bekommen, das dann im Unterricht je nach aktueller Lage angewandt werden kann.

Ich schließe mich Leon zum Wahlrecht ab 16 an. Ich kann mich nicht klar dafür aussprechen. Mir ist dabei das Erlebnis der Schülersprecherwahl an unserer Schule im Hinterkopf geblieben, die bei uns reifen Menschen in der Oberstufe derart im Chaos geendet ist, dass man sich tatsächlich die Frage stellen musste, wie reif junge Menschen unter 18 in der Masse sind und ob sie produktiv an diesem demokratischen Prozess teilnehmen können. Für mich ist es schwierig, diese Frage zu beantworten, weil ich natürlich gerne wählen möchte. Gerne hätte ich auch schon vor ein paar Jahren gewählt, weil mich Politik interessiert. Auch insgesamt ist es eine schwierige Frage. Ich kann mich nicht dazu durchringen, mich mit Ja zu positionieren.

Justyn Kram:

Zur Senkung des Wahlalters auf 16. Darauf hat sich die Forderung gestützt, das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft umzustrukturieren, um mehr Informationen an die Schülerinnen und Schüler zu vermitteln, dass auch mehr gebildet wird, sodass sie bereit wären, mit 16 zu wählen. Es ist auch so, dass die Jugend ebenso wie die Erwachsenen durch die Politik vertreten wird. Die Erwachsenen entscheiden für die Jugend, da diese kein Recht hat, selbst zu wählen. Für die Europawahlen ist das Wahlrecht auf 16 gesenkt worden. Das war die erste Wahl, an der ich teilgenommen habe. Man hat gesehen, wie sie ausgegangen ist. Das liegt auch daran, dass die Jugend nicht genug informiert wurde.

Man sieht die ganzen Wahlplakate. Für die 18-Jährigen steht die erste Bundestagswahl bevor, wie bei mir zum Beispiel. Ich bin nur deswegen so gut informiert, weil ich selbst daran gearbeitet habe und nicht weil ich dazu irgendwie Informationen bekommen hätte. Das ist auch ein Problem. Das Wahlrecht ab 16 ist sehr umstritten. Es wäre trotzdem gut, wenn es umgesetzt würde.

Ines Lotter:

Zur Utopie Lehrplan. Von mir persönlich kann ich sagen, dass mir der Politikunterricht immer extrem viel Freude bereitet hat. Ich kann aber auch nachvollziehen, dass manche Prozesse zu

komplex dargestellt werden. Der größere Kritikpunkt, den ich vortragen möchte, ist eher die Reihenfolge Inhalte. Bei uns war es so, dass ganz stark ins Detail gegangen worden ist, aber das Grundwissen über die Konzepte und die Beziehungen zueinander, die es gibt, war uns gar nicht bewusst. Es ist uns auch nie richtig vermittelt worden. Viele Schüler trauen sich dann auch nicht, sich zu melden und zu sagen: Was ist denn eigentlich der Bundestag? Welche Rechte haben wir? Welche Aufgaben hat der Bundeskanzler? – Meiner Erfahrung nach hapert es oft an den Grundlagen.

Ich finde auch wichtig, dass zusätzlich zu der Wissensvermittlung im Allgemeinen über aktuelle Themen gesprochen wird. Das sollten dann aber auch die Jugendlichen übernehmen. Vielleicht haben Sie schon einmal etwas von einer aktuellen Viertelstunde gehört. Das ist ein Konzept, bei der eine Gruppe oder ein Einzelner ein aktuelles Thema, was sie selbst interessiert und sie selbst wählen, der Klasse vorstellen. Das zeigt regelmäßig auf, wofür es sich lohnt, sich politisch zu engagieren, oder wo Politik den Einzelnen im Alltag betrifft.

Zur Absenkung des Wahlalters auf 16 möchte ich sagen, dass das größte Argument, was ich gehört habe, lautet, Jugendliche seien nicht reif genug. Das haben wir hier auch schon gehört. Ich würde die philosophische Frage in den Raum stellen: Wie reif sind Menschen eigentlich? Sind Menschen überhaupt in der Lage, sich für das zu entscheiden, was gut für sie ist? – Ich habe das Gefühl, manchmal müsste man die Menschen zu ihrem Glück zwingen. Deswegen, finde ich, ist es nicht die Lösung, das Wahlalter bei 18 zu belassen. Vielmehr wäre mein Ansatz, dass zum Beispiel durch die Schule Werte und Grundlagen vermittelt werden, die uns Menschen darauf vorbereiten, eine gute Wahl für uns zu treffen.

Was beide Punkte, die ich angesprochen habe, verbindet, ist die Juniorwahl. Nicht jede Schule macht das. Zum Anlass der Europawahl war ich bei der Juniorwahl Wahlhelferin. Das fand ich super, weil wir Jugendliche herangeführt worden sind, wie es ist, wählen zu gehen. Dadurch, dass wir das gemacht haben, sind mehr Leute wählen gegangen, als wenn wir das nicht gemacht hätten, einfach weil sie den Prozess schon einmal durchlaufen haben.

Leon Pelikan:

Ein Punkt, um jungen Menschen die Politik näher zu bringen, könnte es sein, zu sagen: Okay, Politik ist etwas, was nicht von einem auf den anderen Tag funktioniert, sondern es bedarf eines Prozesses. Das verstehen viele Schüler noch nicht. Bei uns im Lahn-Dill-Kreis haben wir beispielsweise seit mehreren Jahren Trinkwasserspender gefordert und uns gewünscht. Das hat extrem lange gedauert. Als Schüler mussten wir uns da extrem reinfuchsen. Auch die Lehrkräfte wussten häufig nicht Bescheid, wie das abzuwickeln ist. Aus der Politik haben wir dazu immer wieder andere Positionen gehört. Dementsprechend muss man auch das verdeutlichen. Es ist ein langer Prozess, der gegangen werden muss.

Ich glaube, da spielen auch andere Punkte eine Rolle. Zum Beispiel wird von sehr vielen Schülern befürwortet, dass man die Möglichkeit hat, Leistungskurse wie Deutsch und Politik und Wirtschaft oder Deutsch und Musik miteinander zu kombinieren. Das soll möglich sein. Deutsch ist kein

Fach, von dem man sagen kann, es sei zu einfach. Ich bin der Meinung, das ist nicht so. Es gäbe viele Möglichkeiten, da zu kombinieren.

Die Finanzierung ist auch ein Punkt. In vielen Kommunen und Landkreis weisen die Haushalte extreme Defizite auf. Das wissen wir auch, das ist uns bewusst. Dennoch ist es wichtig, nicht bei den jungen Menschen zu sparen und die Finanzierung dieser demokratischen Institutionen, Jugendparlamente und Kreisschülervertretungen reduziert, sondern darauf achtgibt und diese Stimmen miteinbezieht, wenn sie nicht wahlberechtigt sind.

Ich selbst bin in einer Schülervertretung gewesen. Für viele Schülerinnen und Schüler ist es auch eine Hürde, dass sie Unterricht verpassen. Ich bin mehrmals in der Woche nicht anwesend. Das wirkt sich auf Noten aus. Ich bekomme dann gesagt: Überlegen Sie, ob Sie besser nicht an den politischen Sitzungen teilnehmen und stattdessen in den Unterricht kommen. – Das bekomme ich gesagt, obwohl meine Noten stimmen.

Das sind alles Punkte, die gefördert werden müssen. Mir ist auch bewusst, dass Schülerinnen und Schüler, wenn sie in solchen Gremien arbeiten, Rechte haben, sich freistellen zu lassen. Oftmals bedarf das aber sehr viel Aufwand und Zeit für das, was wir in diesen Gremien vollbringen müssen. Für viele Schülerinnen und Schüler ist das so viel Aufwand und so viel politisches Werkzeug, dass man davor zurückschreckt und lieber sagt: Okay, dann mache ich das noch nicht mehr. – Politik einfacher zu gestalten oder aufzubereiten, könnte ein Ansatz sein, auch wenn es eines längeren Prozesses bedarf.

Vorsitzende:

Ich würde vorschlagen, wir machen eine kurze Pause. Wir können in der Zeit alle noch einmal in uns gehen, wie wir mit den Wortmeldungen fortfahren wollen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:12 Uhr – 12:30 Uhr)

Vorsitzende:

Ich schlage vor, wir fahren fort. Wir beginnen nun wieder mit der Fragerunde. Wir haben eben vereinbart, dass es auf jede Frage möglichst nur zwei bis drei Rückmeldungen geben wird, um den Ablauf zusammenzufassen.

Abgeordnete Nadine Gersberg:

Vielen Dank auch von meiner Seite, dass Sie hier sind. Ich finde es sehr beeindruckend, welche Hintergründe Sie alle haben. Jeder von Ihnen hat einen anderen Hintergrund, weshalb Sie politisch aktiv geworden sind. Einige sind zufällig dazu gekommen, andere hatten familiäre Kontakte, andere haben es sich erarbeitet. Das ist auch eines unserer Anliegen, dass sich alle Menschen, egal, welchen Hintergrund sie haben, beteiligen können. Generell ist für uns ein Ziel dieser Enquetekommission, dass wir Jugendbeteiligung ausweiten, dass wir Leute erreichen, die wir bisher nicht erreicht haben.

Bei Ihren Ausführungen bin ich darüber gestolpert, dass häufig gesagt wurde: Ja, aber im ländlichen Raum funktioniert es nicht so gut. – Im städtischen Raum läuft es wohl etwas besser. Ich wollte fragen, woran das liegen könnte. Liegt das an generellen Einstellungen? Liegt es vielleicht an Mobilitätsproblemen, dass man vielleicht von Eltern irgendwo hingefahren werden muss? Warum, glauben Sie, funktioniert das im ländlichen Raum weniger gut als im städtischen Raum?

Lothar Mehlhose:

Wir haben jetzt viel gehört. Wir haben engagierte Jugendliche. Sie alle sind sehr engagiert. Sie haben sehr deutlich gemacht, dass Sie schon in verschiedenen Bereichen unabhängig von der HOP!-Landesjugendkongress engagiert sind. Wir sehen das auch hier im Plenarsaal. Wir haben hier junge Praktikanten und – ich wage mich aus dem Fenster – junge Abgeordnete. Wir haben also junge politisch engagierte Menschen. Frau Knell und Herr Bärsch haben es ausgeführt, dass wir leider auch sehr viele junge Menschen haben, die eben nicht engagiert sind. Schön wäre es natürlich, wenn hier genau diese Jugendlichen sitzen würden, die nicht engagiert sind. Das liegt aber in der Natur der Sache.

Sie haben schon manche Punkte genannt, die die Schulen leisten können. Ich bin selbst Lehrer. Ich weiß, dass vieles mit den Lehrern steht und fällt. Die Studien zeigen das. Sie haben es selbst gesagt. Die Rückmeldung kam auch, dass es engagierte Schulen und Lehrer gibt, die sich einbringen. Aber es gibt auch Lehrer, bei denen das weniger der Fall ist.

Mich würde daher besonders interessieren: Wie können wir diese Jugendlichen, die eben nicht von vornherein familiär oder von den Interessen engagiert sind, erreichen? Wie können wir diese Leute motivieren, mitzumachen? – Das Problem, was wir auch gehört haben, ist, dass es entweder zu wenige oder immer dieselben Personen sind.

Daran schließt sich eine weitere Frage an. Vielleicht geht es auch etwas in die Richtung des Adulthood, den Sie angesprochen haben. Nach meiner Erfahrung ist es oft so, dass gerade bei jungen Menschen, wenn sie sich in der Politik engagieren wollen, ein großes Hemmnis ist, dass sie zum ersten Mal sehen: Oh ja, das ist fast alles Verwaltungsrecht, womit ich plötzlich konfrontiert bin. Ich muss mich an Satzungen, Geschäftsordnung und Einladungsfristen halten. – Sie haben durch Ihr Engagement den Vorteil, dass Sie das schon ein bisschen kennen. Sie wissen wahrscheinlich genauso, dass diejenigen in ihren Jugendorganisationen, die schon seit Jahren dabei sind, Satzung und Geschäftsordnung in- und auswendig kennen. Die wissen genau, wie der Hase läuft. Die sind einfach schneller am Drücker. Ist das auch Ihr Eindruck, dass dieser Formalismus Jugendliche abschreckt, sich tiefergehend zu engagieren?

Abgeordnete Julia Herz:

Vielen Dank auch von meiner Seite für das, was Sie uns schon mitgegeben haben. Meine Frage bezieht sich auf die Enquetekommission. Was erwarten Sie von uns? – Mit Blick auf die Jugendbeteiligung in diesem Gremium interessiert mich: Was würden Sie als sinnvoll ansehen, wie wir die Jugendlichen in den nächsten Jahren an dieser Enquetekommission beteiligen können?

**Anna-Lena Steiß:**

Die erste Frage betraf den ländlichen Raum. Da ist die Mobilität sicher ein Problem. Ich komme selbst vom Land. Es ist einfach so. Ich hatte schon Probleme, mit dem ÖPNV zur Schule zu kommen. Das betrifft dann auch Hobbies. Das ist einfach ein zeitlicher Mehraufwand, der schwer zu stemmen ist. Ein Beispiel: Wenn ich in den Stall zu meinem Pferd fahren möchte, brauche ich 20 Minuten mit dem Auto oder 2 Stunden mit Bus und Bahn. Ich war auf Bus und Bahn angewiesen. Dementsprechend ist das verlorene Zeit, die man sonst anders füllen könnte. Man muss sich auch die Frage stellen, wo Politik gemacht wird. Das ist oft in der Stadt. Den Bundestag betrifft das stärker als den Landtag. Ich gehe jetzt vom Bundestag aus. Wenn man in dieser Berliner Bubble ist, hat man oft den Bezug verloren. Natürlich kommt das darauf an, wie viel man im Wahlkreis unterwegs ist, aber viele Politiker lassen das schleifen.

Zur Frage, wie man die Leute erreichen soll, ist meine Meinung ganz klar: durch die Schule. Wir brauchen mehr Politikbildung, auch außerhalb der Schule. Das können Schul-AGs sein oder man gründet parteiunabhängige Organisationen, die sich damit beschäftigen, bei denen man nicht direkt im Schulparlament sitzt, sondern einfach herangeführt wird. Man könnte auch mehr Werbung für Praktika machen. Jeder weiß, dass man im Kindergarten ein Praktikum machen kann, aber wahrscheinlich weiß nicht jeder, dass man das auch in politischen Institutionen machen kann. Bei mir war es immer so, dass ich gesagt habe, ich will mit Politik nichts am Hut haben. Dann habe ich ein Praktikum im Bundestag gemacht und meine Einstellung hat sich sehr schnell verändert.

Ich glaube nicht, dass Formalien dazu führen, dass sich Leute zurückziehen oder nicht in Organisationen eintreten. Sobald man einen Kontakt dazu hat, wird man nett aufgenommen, vor allem von Gleichaltrigen. Bei den Jugendorganisationen bekommt man von den Älteren, die schon etwas länger dort aktiv sind, gezeigt, was man machen muss oder bekommt Vorschläge gemacht, wo man sich engagieren kann. Man muss aber eben erst einen Ansprechpartner finden, um in die Organisation hineinzukommen. Vorhin habe ich das angesprochen, dass wir dahin kommen müssen, dass Jugendorganisationen generell an die Schulen dürfen. Es ist schön, wenn das gesetzlich möglich ist, aber wenn die Schulen das nicht umsetzen, bringt es uns am Ende nichts. Formalien führen nicht dazu, dass man sich dann wieder davon distanziert.

Leonard Bock:

Noch einmal ganz kurz zur Frage zum ländlichen Raum. Ich denke, Mobilität ist ein wichtiger Grund. Das hängt mit der Bevölkerungsdichte zusammen. Die Menschen sind über einen viel größeren Raum verteilt. Gerade bei politischen Jugendorganisationen ist es einfach schwierig, die Menschen wirklich zentral zu organisieren. Wir sehen das in der Jugendorganisation, bei der ich Mitglied bin. Die Mitglieder stammen hauptsächlich aus einem bestimmten Umkreis, wo die Partei sitzt, sich versammelt etc. Das reicht dann oft nicht bis in die Randgegenden der Landkreise. Das ist ein großes Problem, das man in einer Stadt wie Wiesbaden natürlich nicht hat. Auch die Schulen sind hier näher beieinander. Das sind andere Grundvoraussetzungen, für die man andere Lösungen entwickeln muss.

Zum Formalismus. Ich würde nicht sagen, dass er abschreckt. Vielen ist das vorher nicht bewusst. Wenn aber der Wille da ist, sich zu beteiligen, dann wird man nicht vom Formalismus abgeschreckt. Ich glaube, das liegt dann eher daran – ich komme zu Ihrer zweiten Frage –, dass teilweise grundsätzliches Interesse fehlt und die Mobilisierung nicht so stattfindet, wie sie es müsste, um Jugendbeteiligung umfassender zu gestalten.

Die Frage, wie man alle Menschen erreichen kann, da drehen wir uns im Kreis. Wir plädieren da schon auf die Schule, weil wir alle die Schule besuchen müssen. Es ist logisch. Es kommt auf die Kommunen und auf die Parteien an, zu werben, auf sich aufmerksam zu machen. Im digitalen Zeitalter gibt es dafür vielfältige Möglichkeiten. Grundsätzlich bleibt natürlich das Problem, dass Menschen, die sich nicht dafür interessieren, auch nicht auf Seiten von Jugendorganisationen gehen. Nach meiner Überlegung landet man schlussendlich immer wieder bei dem, was Anna-Lena gesagt hat. Ich denke, es führt kein Weg daran vorbei, diese Angebote an den Schulen zu intensivieren.

Muhammad Tatari:

Ich möchte gerne auf die zweite Frage eingehen, wie man alle Jugendlichen erreichen kann. Dazu möchte ich eine kurze Geschichte erzählen. Stellen wir uns einen Max vor. Max denkt, dass Politik sehr kompliziert ist, dass man sehr viel reden muss und einem das viele Kopfschmerzen macht. Er hört aber an der Schule, dass es eine Plattform gibt, wo seine Interessen vertreten werden. Sagen wir einmal, diese Plattform ist eine App. Auf dieser App bekommt Max Hinweise, was in seiner Stadt alles rund um Klimaschutz passiert, weil er sich dafür interessiert hat und die App das weiß. Oder er bekommt Informationen, was er zum Thema Mobilität oder zu einem anderen Thema, für das sich Max interessiert, machen kann. Sagen wir, Max kann durch diese App direkt den richtigen Ansprechpartner finden und muss nicht im Rathaus anrufen, um jemanden ausfindig zu machen. Er findet die Person direkt auf der App, geht zu dieser und hat direkt ein Erfolgserlebnis. Vielleicht wird er von seinem Lieblingsyoutuber, Lieblingsinfluencer darauf hingewiesen, dass es diese App gibt, man darauf Sachen kann und dass es in dem Format passiert, das Max gefällt, nämlich Kurzvideos. Wenn Max das auch noch in der Schule gelernt hat, dann ist die Chance, dass Max zu einer Institution oder Organisation kommt, in der er sich beteiligen kann, sehr groß.

Leon Pelikan:

Ich versuche, mich kurz zu halten. Ich möchte noch einmal auf den Punkt zu sprechen kommen, was unsere Erwartungen an die Enquetekommission sind. Natürlich kann ich nur meine Erwartungen mitteilen. Ich glaube aber, wir sehen das alle relativ ähnlich. Es geht nicht darum, dass wir nur jetzt angehört werden, sondern wir müssen immer angehört werden. Wir wünschen uns, dass, wenn wir jetzt den Saal verlassen, wir trotzdem eine Möglichkeit haben, uns einzubringen. Wir hatten uns Gedanken gemacht, eine Art Aktionsplan aufzusetzen, mit dem wir klar zum Ausdruck bringen, was unsere Forderungen sind oder woran man gezielt arbeiten kann. Forderungen allein reichen oftmals nicht, um politisch etwas zu bewegen.

Super wäre auch, wenn die Enquetekommission öffentlich ein bisschen bekannter gemacht wird. Ich habe in meiner Umgebung nachgefragt und festgestellt, dass man dieses Gremium nicht kennt. Ich glaube, wenn man mehr darauf aufmerksam macht, vor allem in den Schulen, und diese Sensibilisierung stattfindet, dann kann sich viel mehr bewegen. Vielleicht kann man auch Schulklassen einbinden, die nicht unbedingt politisch aktiv sind, sondern eine neutrale Ebene aus dem Geschehen aus der Hauptschule gegenüber aus dem Gymnasium mitbringen. Das macht auch große Unterschiede bei der politischen Ausrichtung.

Abgeordneter **Pascal Schleich**:

Ich hätte drei kurze Fragen. Mir ist aufgefallen, dass die Forderungen aus 2022 und 2024 sich eigentlich in großen Punkten ähneln. Deswegen lautet meine Frage: Wie sehen Sie denn die Wertschätzung durch die hier vertretenen politischen Personen, Ihre Forderungen auch durchzusetzen?

Wie wurden die Schüler auf den HOP!-Landesjugendkongress vorbereitet? Denken Sie, dass dieser Vorbereitung vielleicht etwas mehr Zeit eingeräumt werden müsste?

Die letzte Frage betrifft die Reform der politischen Bildung und deren Neugestaltung. Mich interessiert, ob Sie in Ihren Jugendorganisationen das Modell des 8er-Rats besprochen haben, ob Sie das kennen und ob dieses für Sie eine Lösung wäre, die Jugendlichen mehr an die Politik zu binden.

Prof. **Dr. Matthias Friehe**:

Vielleicht zunächst zu Ihrem Verständnis: Ich bin kein gewählter Abgeordneter, sondern ein beratendes Mitglied. Die Besonderheit der Enquetekommission ist, dass die Wissenschaft eingebunden wird. Ich selbst unterrichte Staats- und Verwaltungsrecht.

Zunächst möchte ich Ihnen danken und Ihnen auch zu dieser Runde gratulieren. Jemand von Ihnen sagte, er habe nur einen indirekten Einfluss, weil er noch nicht wählen könne. Meine Beobachtung heute ist, dass Sie natürlich einen sehr direkten Einfluss haben. Man kann darüber streiten, was ein direkter und ein indirekter Einfluss ist. Auch bei Wahlen entscheidet nicht die einzelne, sondern die Gesamtheit der Stimmen. In einer konkreten Sachfrage kann man sich auch nicht unbedingt entscheiden, da man ein gewisses Bündel wählt. Wenn man sich politisch einbringt – hier oder in Parteien –, hat man die Möglichkeit, sehr konkret und direkt Einfluss zu nehmen.

Zu meinen Fragen, die sich unmittelbar auf Ihre Forderungen beziehen. Wenn es nun gegen Ende geht, passt es auch gut, diese noch einmal in Erinnerung zu rufen. Ihre erste Forderung ist es, jugendpolitische Gremien per Gesetz in jeder Kommune einzurichten. Dazu habe ich zwei konkrete Fragen. Wer von Ihnen hatte schon einmal ein politisches Anliegen, für das die kommunale Ebene zuständig war? Haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, welche Anliegen das betrifft? – Von denjenigen, auf die das zutrifft, würde mich interessieren: Wie haben Sie dieses



Anliegen artikuliert? Haben Sie es überhaupt artikuliert? Auf welchen Wegen haben Sie das getan? Welche Möglichkeiten sind Ihnen bekannt, solche Anliegen in den politischen Prozess einzubringen? Hatten Sie das Gefühl, dass Sie damit erfolgreich waren? – Vielleicht ist das so ein kleines Steckenpferd von mir. Das Grundgesetz garantiert jedem altersunabhängig – auch die Hessische Verfassung übrigens – ein Mittel, nämlich dass man ein Petitionsrecht hat. Jeder von Ihnen könnte sich bei der Kommunalvertretung melden und einen Vorschlag machen. Die Kommunalvertretung ist dazu verpflichtet, Ihnen darauf zumindest irgendeine Antwort zu geben. Das heißt nicht, dass sie machen müssen, was Sie vorgeschlagen haben, aber es müsste eine Antwort geben. Kennen Sie das? Hat das schon einmal Rolle gespielt, zum Beispiel im Schulunterricht?

Meine zweite Frage bezieht sich auf folgendes. Ein Antragsrecht zu haben, ist ganz nett, aber etwas anderes ist die Wahl in die kommunalen Vertreterkörperschaften. In Hessen ist es so, dass es bei Kommunalwahlen keine starre Liste gibt. Es gilt das System von Kumulieren und Panaschieren. Ich sehe, der eine oder andere nickt schon und kennt das System. Grob zusammengefasst sind es nicht die Parteien, die letztverbindlich die Liste vorgeben, sondern die Liste steht als Vorschlag im Raum. Die Wähler haben aber durchaus die Möglichkeit, durch personenbezogenes Stimmverhalten, diese Liste zu ändern, Personen nach oben oder nach unten zu wählen. Bei der Abgeordneten Knell ist diese Frage schon ein wenig angeklungen. Wie schätzen Sie dieses Wahlrecht ein? Ist das eher vor- oder nachteilhaft für junge Menschen? Glauben Sie, dass junge Menschen einen Vorteil dadurch haben könnten? Glauben Sie, dass es vorteilhafter wäre, wenn die Parteien die Listen fest vorgeben würden? Glauben Sie, dass man dann eher feste Jugendplätze hätte und sicherer ins Parlament einziehen könnte? Glauben Sie, es besteht eher eine größere Chance, nach oben gewählt zu werden? Wie wichtig ist Ihnen diese Option aus Wählerperspektive, dass Sie innerhalb dieser Liste Veränderungen herbeiführen können?

Justyn Kram:

Ich möchte die Frage von Herrn Schleich beantworten. Die Forderungen aus den beiden Jahren ähneln sich tatsächlich. Das ist mir vor kurzem auch aufgefallen. Die zweite Forderung, dass mindestens einmal im Jahr ein Format wie der HOP!-Landesjugendkongress durchgeführt werden soll, erachte ich zum Teil als erfüllt, da er alle zwei Jahre stattfindet.

Die dritte Forderung zum Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft ist noch nicht erfüllt. Das wird noch dauern, was ich auch verstehen kann, dass es nicht so einfach ist, das ganze Schulsystem umzukrempeln.

Die erste Forderung nach der gesetzlichen flächendeckenden Etablierung von Jugendgremien auf kommunaler Ebene ist nicht erfüllt. Das kann noch dauern. Das gehört auch zur Politik.

Ines Lotter:

Zum Petitionsrecht kann ich etwas sagen. Für mich war das eine Erfahrung, bei der ich zum ersten Mal Selbstwirksamkeit erlebt habe. In der Grundschule war ich im Kinderparlament. Wir

haben bei uns im Dorf eine stark befahrene Straße, die viele Kinder auf dem Weg zur Schule überqueren müssen. Wir durften im Kinderparlament Anträge stellen. Uns wurde das System erklärt und dann wurden wir sicherlich gefragt, ob es einen Missstand gibt, der uns nicht gefällt, von dem wir möchten, dass sich das ändert. Mir ist dann diese Straße eingefallen. Ich erinnere mich, wie ich diesen Antrag ausgefüllt habe. Das geschah mit Unterstützung. Im Jugendparlament gab es Personen, die das angeleitet haben. Der Antrag ist eingereicht worden. Ihm wurde dann auch stattgegeben. Durch dieses Kinderparlament wurde ich immer wieder über den aktuellen Stand informiert, wie die Prüfung abläuft. Das war ein tolles Erfolgserlebnis, weil ich in jungen Jahren mitbekommen habe, dass durch mich und mein Engagement etwas ins Rollen gekommen ist. Das hat auch etwas gebracht.

Anna-Lena Steiß:

Ich möchte etwas zu den Fragen bezüglich der Wahrnehmung der Politik sagen. Ich finde, die Frage ist sehr suggestiv gestellt. Sie zielt darauf ab, dass wir jetzt antworten, dass die Parteien sich nicht ausreichend gekümmert hätten. In demokratischen Prozessen finde ich so etwas nicht richtig. Wir sind uns alle einig, dass diese Prozesse lang sind und das auch gut so ist. Wir müssen auch bedenken, dass zwischendrin Landtagswahlen stattgefunden haben. Wir haben mit Herrn Schwarz einen neuen Kultusminister. Die Themen müssen neu angebracht werden, und ich finde es gut, dass wir das immer wieder dürfen.

Am HOP!-Landesjugendkongress sehen wir, dass Forderungen umgesetzt werden; denn ein wiederkehrender HOP!-Landesjugendkongress war eine Forderung. Wir können als junge Menschen alle einen generellen Wandel wahrnehmen, der sich in der Politik vollzieht. Das sehen wir zumindest auch hier im Landtag, dass wir viele junge Abgeordnete haben. Bei uns in der Kommune ist das genauso. Es ist schon gut, was passiert. Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Parteien hätten zu wenig getan. Allein, dass wir hier sprechen dürfen, ist etwas, was viele von uns vielleicht vor ein paar Jahren nicht gedacht hätten.

Zum Petitionsrecht möchte ich sagen, dass es nicht bekannt ist, zumindest nicht weitläufig. Ebenso verhält es sich mit Bürgersprechstunden und Bürgeranfragen. Diese Möglichkeiten müssten in der Schule bekannt gemacht werden, damit die Menschen wissen, dass es das gibt.

Zum Kommunalwahlrecht. Ich glaube, dass es für junge Menschen nachteilig ist. Trotzdem halte ich es für richtig. Es ist eine Kommunalwahl, und die Bürger müssen die Möglichkeit haben, differenziert zu entscheiden, wen sie wählen möchten. Für uns ist das ärgerlich, weil wir jung und nicht bekannt sind. Am Ende werden immer wieder die gleichen alten Leute gewählt. Trotzdem müssen wir jeder Person die Möglichkeit geben, die Liste so anzupassen, wie sie es eben für richtig erachtet.

Ines Lotter:

Eine kurze Ergänzung zum Schluss. Natürlich können wir nicht stellvertretend für alle Teilnehmer des HOP!-Landesjugendkongress sprechen. Wir sind sieben Leute, können aber nicht gewährleisten, dass wir alle Meinungen vertreten oder im Interesse aller sprechen, obwohl wir uns selbstverständlich bemüht haben.

Vorsitzende:

Das war ein sehr schönes und angemessenes Schlusswort. Vielen Dank für den Mut. Es wurde schon gesagt und auch ich muss sagen: Ich hätte mir das in eurem Alter nicht zugetraut. Vor ein paar Jahren hätte ich nicht gedacht, dass ich einmal hier sitzen würde und mir das zutraue. Chancen müssen ergriffen werden.

Wichtig ist heute: Wir haben eine Tür aufgemacht und haben zugehört. Das ist der erste Schritt. RTL war vor Ort. Auch das wird dabei helfen, die Arbeit der Enquetekommission bekannt zu machen. Tue Gutes und sprich darüber. Ich ermutige alle dazu, überall zu berichten und darüber zu reden, was wir hier in dieser Kommission machen. Sprecht selbst darüber, wenn andere nicht darüber schreiben.

Vielen Dank für euer Kommen. Ich bedanke mich bei euch und schließe den öffentlichen Teil der Sitzung.

(Beifall)

(Ende des öffentlichen Teils: 13:00 Uhr – es folgt nicht öffentlicher Teil)